

5 | 2026

HLZ

79. Jahr

Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen



Gesundheit und Bildung

Rubriken

Kommentar: Plus 5,8 Prozent – Tarifabschluss Hessen	3
Meldungen: Sparhaushalt Schulfach Digitale Welt	4
Recht: Gesundheitsschutz und Wiedereingliederung	34
Magazin: Jubiläen Aus den Kreisverbänden	36
Magazin: Nachrufe Werner Scholz & Marlis Merbach	37
Kurz gefragt, Peter Brunner	38
Impressum	39

Gesundheit und Bildung

Ohne Politik nicht heilbar: Gesundheitliche Ungleichheit	6
Ergebnisse der Einschulungsuntersuchung in Kassel	8
Psychische Gesundheit im Jugendalter	10
Therapeutische Angebote für Studierende sind wichtig	12
Bewegte Kindheit schafft Chancen	14
Arbeits- und Gesundheitsschutz für schulisches Personal	16
Hessisches Kompetenzzentrum Gesunde Schule	18

Einzelbeiträge

Bildung als Top-Thema bei den Kommunalwahlen?	23
Tarifeinigung in Hessen: 3 Prozent mehr zum 1. Juli	24
Elternperspektiven auf das hessische Kita-System	26
Future Skills in der Lehrkräftebildung	28
Für fair childhood in Simbabwe unterwegs	30
Anna Siemsen: Eine Frau, die uns was zu sagen hat	32

Fortbildungsangebote von lea 19-22

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Hessen



KRIEG. FRIEDEN. ICH.

Eine Ausstellung zum Nachdenken,
Diskutieren und Mitreden



Auf dem Hessentag
12. - 19. Juni 2026 | täglich 9 - 18 Uhr
Wohnzimmer Welcome In! Fulda e.V.
 Robert-Kircher-Str. 25, 36037 Fulda

Die Ausstellung „Krieg. Frieden. Ich.“, die im Rahmen des Hessentags 2026 in Fulda stattfindet, richtet sich besonders an Schüler:innen und Lehrkräfte. Sie eröffnet einen erweiterten Blick auf Themen wie Bundeswehr, Sicherheitspolitik und Wehrpflicht – jenseits von Werbung, Parolen oder einfachen Antworten. Zusätzlich findet eine Abendveranstaltung mit Filmvorführung statt, die Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch bietet: „Die Bilderkriegerin - Anja Niedringhaus“, Montag, 15. Juni, 18 Uhr.

Fachtagung zur Reform des Hochschulgesetzes 22. Juni 2026, 9:30 – 17:00 Uhr | Frankfurt

Angesichts der anstehenden Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes diskutieren wir, wie ein zukunftsfähiges Hochschulgesetz gestaltet sein sollte. Folgende Themen sind vorgesehen: demokratische Mitbestimmung für alle Hochschulangehörigen, gesetzliche Leitplanken für gute Arbeitsbedingungen, Umgang mit Machtmissbrauch, soziale Lage von Studierenden sowie Bedeutung von Zivilklauseln.

Spannende Gäste haben ihre Teilnahme bereits zugesagt: Staatsminister Timmon Gremmels, die ehemalige studentische Vizepräsidentin Lara Zieß, Christian Schaft, der für das Thüringische Hochschulgesetz mit verantwortlich ist, und aus dem Hessischen Landtag Nina Eisenhardt und Wiebke Knell.

Das vollständige Programm steht auf der GEW-Homepage: www.gew-hessen.de
Anmeldungen sind möglich per E-Mail an: geschaefsfuehrung@gew-hessen.de

Plus 5,8 Prozent

Tarifabschluss mit dem Land

Lohnerhöhungen zunächst um 3 Prozent, mindestens aber um 100 Euro monatlich, dann um 2,8 Prozent bei 25 Monaten Laufzeit. Hinter diesen Kennzahlen des Tarifabschlusses steckt ein Monat zäher Verhandlungen mit einem Arbeitgeber, der in jedem Satz die schwierige Finanzsituation betonte.

Schwer erträglich war zudem der Versuch des Innenministers, einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Höhe des Tarifabschlusses einerseits und den heftigen Kürzungen insbesondere im Bildungsbereich andererseits. Was er den Beschäftigten gebe, müsse er woanders wegnehmen, so Poseck. Bis zuletzt versuchte er, die Beschäftigten des Landes Hessen gegenüber anderen Abschlüssen im öffentlichen Dienst schlechterzustellen. Das Landesticket sollte auf den Tarifabschluss angerechnet werden. Wir Beschäftigte sollten es, wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, durch einen späteren ersten Erhöhungsschritt selbst finanzieren.

Angesichts dieser zähen Verhandlungen war es für uns wichtig, die große Unterstützung der Mitglieder zu spüren – sei es bei den Demonstrationen vor den einzelnen Verhandlungsrunden, den Warnstreiks oder den Solidaritätsdemonstrationen der Beamt:innen in Frankfurt und Kassel. Letztere wendeten sich zudem gegen die Kürzungen im Bildungsbereich. Die klare Botschaft war: Wir lassen uns nicht spalten.

Das Ergebnis ist ein durchaus schwieriger, aber tragfähiger Kompromiss. Dass der erste Erhöhungsschritt im Vergleich zum TdL-Ergebnis für die anderen Bundesländer mit 3 Prozent höher ausfällt, ist in Anbetracht der durch den Irankrieg sprunghaft angestiegenen Inflation wichtig. Dass die zweite Erhöhung in Hessen in nur einem statt in zwei Schritten erfolgt, ist ebenfalls ein Vorteil. Auch die etwas kürzere Laufzeit ist günstiger. Das Landesticket, das es so nur in Hes-



Thilo Hartmann

sen gibt, wird weiterhin nicht angerechnet. Hier haben wir uns also durchsetzen können.

Zudem wird die Eingruppierung der Lehrkräfte evaluiert. Dies ist für uns als GEW besonders wichtig. Seit 2019 hat sich die Zahl angestellter Lehrkräfte aufgrund des Mangels um mehr als 50 Prozent erhöht.

Vermehrt werden Erzieher:innen und andere Professionen als Lehrkräfte eingestellt, ohne dass es eine adäquate Eingruppierung gäbe. Das führt in der Praxis zu einer schlechteren Bezahlung. Eben-

falls positiv zu bewerten ist die Vereinbarung einer zeit- und systemgleichen Übertragung auf die Beamt:innen und Versorgungsempfänger:innen. Wir erwarten vom Land Hessen – auch im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der verfassungskonformen Alimentation –, dass diese Vereinbarung ohne Abstriche umgesetzt wird.

Bezüglich des von uns geforderten Tarifvertrags für studentische Beschäftigte hat sich der Arbeitgeber hinter den Hochschulleitungen verschanziert, ohne auf Inhalte einzugehen. Diese Verweigerungshaltung ist für uns nicht nachvollziehbar. Eine Landesregierung, die sich zu Recht die Tariftreue auf die Fahne geschrieben hat, hat so die Chance verpasst, zu zeigen, dass sie es ernst meint. Die lediglich erhöhten Stundensätze der studentischen Beschäftigten können uns daher nicht zufriedenstellen.

Das Tarifiergebnis macht es notwendig, jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen. Damit wir uns auch weiterhin nicht spalten lassen und unsere Durchsetzungsfähigkeit erhöhen, braucht es einen Dreiklang: Stärkung der gewerkschaftlichen Strukturen in Schulen und Betrieben, Ausbau der Tarifmacht durch Mitgliedergewinnung sowie Wissensvermittlung und gesellschaftlichen Druck, um eine andere Bildungs-, Sozial- und Steuerpolitik zu erreichen. Es kommt dabei auf jede:n an!

Mehrarbeitsrechner Abitur und Abschlussprüfungen

Zum fünften Mal in Folge lädt die GEW Hessen dazu ein, den zusätzlichen Zeitaufwand für die Korrektur der Abiturprüfungen zu erfassen. Die eigens dazu eingerichtete anonymisierte Umfrage begann bereits am 15. April und endet am 14. Juni 2026. Darüber hinaus bietet die GEW Hessen auch eine weitere Umfrage für die Lehrkräfte an, die zentrale Abschlussprüfungen der Sekundarstufe I oder der berufsbildenden Schulen korrigieren. Der Prüfungszeitraum für diese beginnt am 4. Mai 2026. Eine Teilnahme ist online über www.gew-hessen.de möglich.

GEW-Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag

Das Referat Gleichstellungspolitik und die Junge GEW Hessen nutzten den Internationalen Frauentag, um in Kassel und Frankfurt Filmvorführungen zu organisieren. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stand der Dokumentarfilm „Feminism WTF“, der durch die gelungene Verknüpfung feministischer Theorie mit gesellschaftlicher Analyse besticht. Der Film erklärt wissenschaftlich fundiert Machtstrukturen, Geschlechterordnungen und deren historische Verankerungen. Dank einer klar strukturierten Darstellung und einer zugänglichen Sprache erhielten die Zuschauer:innen einen umfassenden Überblick über zentrale feministische Debatten.

Nach dem Film gingen in Kassel viele der rund 80 Teilnehmenden gemeinsam zur Demonstration des lokalen Bündnisses *Frauen und Queers Streik* Kassel*. In Frankfurt fand im Anschluss eine lebhaft diskutierte Runde statt, in der insbesondere die Frage im Mittelpunkt stand, wie man Feminismus in Bildungseinrichtungen leben und umsetzen kann. Frederieke Schmidt, Sprecherin der Jungen GEW Hessen, fasste die Stimmung treffend zusammen: „Für mich ist der tägliche emanzipatorische Kampf in der Schule immer zwei Schritte nach vorne und einer zurück.“ Der Filmabend und die anschließenden Aktionen verdeutlichten die Wichtigkeit feministischer Perspektiven in Bildung und Gesellschaft.

Schulfach Digitale Welt soll gestrichen werden: GEW und Schüler:innen fordern bessere Medienbildung

Das Kultusministerium will das zum Schuljahr 2022/2023 als Pilotprojekt eingeführte Schulfach „Digitale Welt“ wieder streichen. Die Landesschüler:innenvertretung und die GEW Hessen brachten ihren Ärger über diese Entscheidung in einer gemeinsamen Presserklärung am 15. April zum Ausdruck. Für Thilo Hartmann steht diese Kürzung sinnbildlich für die rückwärtsgewandte Bildungspolitik des Kultusministers: „Bis zuletzt betonte Herr Schwarz vor den Schulleitungen, dass er das Schulfach Digitale Welt hessenweit ausrollen wird. Stattdessen erhielten die Schulen kurz vor den Ferien die Botschaft aus dem Kultusministerium, dass die Stundenzuweisungen für die Pilotschulen gestrichen werden.“

Für die Medienbildung in Hessen sei die Entscheidung der Landesregierung ein herber Rückschlag. Die Schüler:innen brauchten fest verankerte Medien-

bildungsangebote, um sich in der sich immer schneller wandelnden digitalen Welt zurechtzufinden. Mit der nun geplanten Verlagerung des Angebots in den Ganztag könne das nicht geleistet werden.

Laurenz Spies, Landesschulsprecher, konstatierte, dass die Schüler:innen, die das Schulfach im Pilotstadium besucht haben, von der praktischen Herangehensweise begeistert gewesen sind: „Die Einsparungen im Landeshaushalt werden nun dazu führen, dass die heutigen Schüler:innen im Bereich der Medienbildung nicht genügend auf die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse vorbereitet werden. Wir fordern deshalb das Kultusministerium und die Landesregierung auf, nicht nur die Mittel für die hessenweite Einführung des Schulfachs Digitale Welt bereitzustellen, sondern für alle Jahrgangsstufen eine bessere Medienbildung zu organisieren.“

Auch der Bund spart an der falschen Stelle: Widerstand gegen Kürzungen bei Integrationskursen und Demokratieförderung

Die GEW hat in kurzer Zeit bundesweit über 140.000 Unterschriften gegen die geplanten Kürzungen bei den Integrationskursen gesammelt. Die Unterzeichner:innen fordern die Bundesregierung auf, den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verfügbaren Zulassungstopp für Sprach- und Integrationskurse zurückzunehmen. Dieser betrifft Asylbewerber:innen, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, EU-Bürger:innen und Menschen, die mit einer Duldung in Deutschland leben.

Diese Entscheidung von Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) gefährdet nach Einschätzung von Ralf Becker, der beim GEW-Hauptvorstand für Weiterbildung zuständig ist, die Teilnahme für rund 130.000 Menschen. Davon direkt oder indirekt betroffen sind rund 20.000 Arbeitsplätze, zahlreiche davon auch in Hessen. Die Petition kann auf der Plattform Campact unterschrieben werden: <https://weact.campact.de/petitions/zulassungstopp-fur-integrationskurse-zurucknehmen>

Darüber hinaus wurde bekannt, dass das Programm „Demokratie leben“, angesiedelt im Bundesministerium für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend von Karin Prien (CDU), massiv umgebaut und dabei gekürzt werden soll. Die Förderung zahlreicher Programme, beispielsweise in der bundesweiten Vernetzung von Beratungen gegen Rechtsextremismus, soll nun zum Jahresende auslaufen. Der Ausschreibung zufolge hätten sie bis Ende 2028 gefördert werden sollen. Die versprochene Kontinuität in der Projektförderung wird damit zunichte gemacht.

In Hessen sind Projekte zum Beispiel der Hessischen Sportjugend und der Bildungsstätte Anne Frank betroffen. Durch diese Kürzung wird das demokratische Prinzip der Verlässlichkeit des Regierungshandelns unterminiert. Auch gegen dieses Vorhaben läuft eine Petition, die von der Amadeu Antonio Stiftung initiiert wurde: <https://weact.campact.de/petitions/kein-kahlschlagder-demokratiearbeit>



Die internationale Zusammenarbeit mit anderen Bildungsgewerkschaften ist der GEW ein wichtiges Anliegen. Im April wurden wir so von zwei größeren Delegationen von europäischen Schwestergewerkschaften besucht: Der PDSZ aus Ungarn und der TUESWU aus der Ukraine. Das umfangreiche Programm hatte der GEW-Hauptvorstand zusammen mit den Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Hessen gestaltet. In diesem Rahmen fand die öffentliche Veranstaltung zu „Gewerkschaftsarbeit in Krisenzeiten“ am 15. April im Frankfurter DGB-Haus statt.

Schwarz-Rot beschließt Sparhaushalt: Kürzung bei den integrierten Gesamtschulen nur befristet?

Genau 13.122 Menschen haben die Forderung der GEW Hessen nach „mehr Geld für Bildung“ mit der Zeichnung der gleichlautenden Petition unterstützt. Eine GEW-Delegation hat einen dicken Ordner mit der Liste aller Unterstützer:innen am 19. Februar 2026 an eine Vertreterin des Hessischen Finanzministeriums übergeben. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Debatte um die geplanten Stellenstreichungen an den integrierten Gesamtschulen sowie bei der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung erinnerte die GEW daran, dass genug Geld in der Staatskasse vorhanden wäre, wenn insbesondere große Vermögen in Deutschland fair besteuert würden.

Der Adressat der Petition, Finanzminister Alexander Lorz, ließ sich jedoch nicht beirren und brachte letztendlich den Sparhaushalt für das laufende Jahr im März durch die abschließende dritte Lesung im Hessischen Landtag. Zuvor hatte es in der Koalition eine handfeste Auseinandersetzung um die vorgesehenen Stellenstreichungen an den in-

tegrierten Gesamtschulen gegeben. Den späteren Verlautbarungen zufolge haben CDU und SPD den Kompromiss erzielt, dass diese zunächst nur für ein Jahr befristet gelten sollen.

Seit der ersten Veröffentlichung des Haushaltsentwurfs geht die GEW Hessen davon aus, dass weitere Kürzungen erfolgen werden, um das vorgesehene Einsparvolumen zu erreichen. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, dass in absoluten Zahlen betrachtet im Kultusetat mehr Geld zur Verfügung steht als in den Jahren zuvor. Dies ist angesichts der Preis- und Einkommensentwicklung, der steigenden Schülerzahlen und der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen jedoch bei weitem nicht ausreichend. Die vor den Osterferien bekanntgewordene Streichung des Pilotprojekts „Digitale Welt“ (siehe die nebenstehende Meldung) bestätigt, dass die Befürchtungen der GEW berechtigt sind. Auf die Schulen dürften noch weitere Auswirkungen des Sparhaushalts zukommen.

Vorbereitungsdienst: Weiter Kritik an Kürzungen

Die Empörung über die vom Kultusministerium verfügten Einsparungen im Bereich des Vorbereitungsdienstes reißt nicht ab. Ausbildungskräfte haben auf dem Fachforum Musik im Februar 2026 eine Stellungnahme zur Reduzierung des Ausbildungsfaktors verabschiedet. Es drohten negative Auswirkungen auf den Unterricht: „Pädagogische Reflexion, differenzierte Unterrichtsanalyse und individuelle Förderung werden zwangsläufig reduziert. Das Ergebnis ist absehbar: eine Schwächung der fachlichen und didaktischen Kompetenz“. Darüber hinaus führe die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Auszubildenden bei unverändertem Einsatz im Studienseminar zu einer „strukturellen Überlastung“.

Am 18. April kamen mehrere hundert Ausbilder:innen und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in Frankfurt zusammen. Bei einer Demonstration und einer abschließenden Kundgebung auf dem Opernplatz setzten sie sich „für eine qualitative Ausbildung von Lehrkräften“ ein.

Ohne Politik nicht heilbar

Über gesundheitliche Ungleichheit und ihre sozialen Determinanten

Christiane Bachelier & Paul Brettel

Die Bundesrepublik Deutschland erkennt mit dem 1976 ratifizierten UN-Sozialpakt das Menschenrecht auf Gesundheit an, zu dem das „Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ (Art. 12) gehört. Dem steht eine deutliche soziale Ungleichheit im Hinblick auf Lebenserwartung und gesundheitsbezogene Lebensqualität gegenüber. So unterscheidet sich die Lebenserwartung zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommenschichten in Deutschland um bis zu zehn Jahre. Von den Männern, die in relativer Armut leben (unter 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens), versterben über 25 Prozent vor dem 65. Lebensjahr.

Betrachtet man nur die Lebenszeit, die bei subjektiv guter oder sehr guter Gesundheit verbracht wird, so steigt die Differenz zwischen den Einkommensgruppen bei Männern auf fast 15 Jahre. Dies schlägt sich auch darin nieder, dass fast alle relevanten Erkrankungen, sowohl im körperlichen wie im psychischen Bereich, bei sozial benachteiligten Menschen häufiger auftreten. In den ständig wiederkehrenden Debatten um eine Erhöhung des Renteneintrittsalters finden diese Feststellungen beeindruckend wenig Beachtung.

Gesundheitliche Ungleichheit

Das Wissen um soziale Ungleichheit ist nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert untersuchte der Sozialmediziner Rudolf Virchow die Einflüsse prekärer Lebensbedingungen im Rahmen einer Typhusepidemie. Er folgerte unter anderem: *„Die Ärzte sind die natürlichen Anwälte der Armen und die soziale Frage fällt zu einem erheblichen Theil in ihre Jurisdiction.“*

Nach 1945 kam es in den Industrieländern durch die allgemeine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, den Rückgang äußerst prekärer Verhältnisse und den Ausbau sozialer Sicherungssysteme zu einer deutlichen Verlängerung der Lebenserwartung. Entgegen gängiger Annahmen ist dabei der Einfluss medizinischer Fortschritte als deutlich geringer einzuschätzen als der durch soziale Veränderungen.

In den 1980er Jahren konnten Studien in Großbritannien nachweisen, dass weiterhin eine deutliche gesundheitliche Ungleichheit zwischen Arbeiter:innen und Angestellten bestand. Es zeigte sich außerdem, dass auch innerhalb der Gruppe der sozial abgesicherten Angestellten im öffentlichen Dienst Beschäftigte in höheren Positionen jeweils gesünder waren als diejenigen in der nächst niedrigeren Position. Diese Erkenntnisse trugen dazu bei, dass die Erforschung ge-

sundheitlicher Ungleichheit global wieder präsenter wurde. Die WHO-Kommission zu sozialen Determinanten von Gesundheit stellte in ihrem Abschlussbericht 2008 fest: *„Soziale Ungleichheit tötet in großem Maßstab.“* Weitere Untersuchungen konnten zeigen, dass soziale Disparitäten nicht nur innerhalb von Gesellschaften zu gesundheitlicher Ungleichheit führt. Vielmehr zeigt sich auch zwischen verschiedenen Industriestaaten, dass Gesellschaften mit ausgeprägten Einkommensungleichheiten insgesamt ungesünder sind als egalitäre Gesellschaften.

Erklärungsmodelle

Als Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit und insbesondere der geringeren gesundheitlichen Chancen sozial benachteiligter Personengruppen kommen verschiedene in Betracht. Einerseits bestehen trotz des insgesamt gestiegenen Lebensstandards in Industriestaaten weiterhin deutliche materielle Differenzen im Hinblick auf gesundheitsrelevante Lebensbedingungen. Hierzu zählen beispielsweise die Exposition gegenüber Luftschadstoffen und Lärm, aber auch der Zugang zu Grünflächen, Sportangeboten, gesunder Ernährung oder sozialen und kulturellen Angeboten.

Darüber hinaus ist chronischer Stress als ein wichtiger und zunehmend nachgewiesener Einflussfaktor zu betrachten. Hierzu können verschiedene Stressfaktoren beitragen, beispielsweise eintönige und fordernde berufliche Tätigkeiten mit wenig Selbstbestimmung und Anerkennung, beengte Wohnverhältnisse, Zukunftssorgen aufgrund sozialer Unsicherheit, Diskriminierungserfahrungen und andere Formen gesellschaftlicher Abwertung. Zunehmend wird auch auf biologischer Ebene verstanden, dass äußere Einflüsse wie zum Beispiel chronischer Stress sich in den menschlichen Körper einschreiben können (englisch: „Embodiment“).

So kann eine chronische Aktivierung der hormonellen Stressachse das Immunsystem deregulieren und physische Veränderungen des Gehirns nach sich ziehen. Weiterhin sind Veränderungen an der Erbinformation im Sinne epigenetischer Veränderungen zu nennen. Der Einfluss gesundheitsschädlicher Verhaltensweisen, die in öffentlichen Debatten gemeinhin als wichtigste Faktoren angesehen werden, ist vor diesem Hintergrund kritisch zu betrachten. So sind ungesunde Ernährung oder Bewegungsmangel primär als Folge materieller Benachteiligung und fehlenden Zugangs zu relevanten Ressourcen zu betrachten. Suchtverhalten kann als Coping-Strategie im Umgang mit chronischem Stress angesehen werden.

Politische Konsequenzen

Vor diesem Hintergrund sollte der Abbau von sozialer Ungleichheit, Armut, Unsicherheit und Diskriminierung zentraler Ansatzpunkt einer umfassenden Gesundheitspolitik sein. Im weiteren Sinne kann dies als eine Umsetzung des international anerkannten, jedoch praktisch kaum beachteten Ansatzes „Health in all policies“ betrachtet werden, der verlangt, politische Entscheidungen immer auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen hin zu betrachten. Konsequenz ist dies nur durch eine grundlegende Abkehr vom kapitalistischen Wirtschaftsmodell möglich.

In Ermangelung einer zeitnah absehbaren Perspektive auf grundlegende politische Fortschritte, die zu einem relevanten Abbau gesundheitlicher Ungleichheit führen, haben sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland verschiedene Initiativen gebildet, die sich das Ziel gesetzt haben, die größten gesundheitlichen Ungleichheiten einzugrenzen und auf lokaler Ebene sowie durch politische Einflussnahme auf einen Abbau gesundheitlicher Ungleichheit hinzuwirken.

Die Medibüros/Medinetze wurden Anfang der 1990er Jahre im Zuge der Asylrechtsverschärfung gegründet. Sie sollten zunächst nur eine Übergangslösung darstellen, um Menschen medizinisch zu versorgen, „die aus dem System fallen“. Konsens ist das politische Ziel, „sich selbst abzuschaffen“ und allen Menschen einen barrierefreien Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Sie übernehmen und organisieren bis heute die Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung. Inzwischen konnte in einigen Bundesländern die Forderung nach einem Anonymen Krankenschein (AKS) umgesetzt werden. Dies ist ein Teilerfolg, da hier die Notwendigkeit der medizinischen Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung gesehen wurde und auch präventive Gesundheitsversorgung gewünscht ist.

Auch wurden in einigen Bundesländern Clearingstellen gegründet, die einerseits versuchen, Menschen in eine reguläre Versorgung zu bringen, und die andererseits – falls ersteres nicht möglich ist – die Kosten für die Gesundheitsversorgung übernehmen. Dies stellt jedoch in keiner Weise einen barrierefreien Zugang zur medizinischen Versorgung dar. Es gibt weitere Parallelstrukturen, die seit vielen Jahren existieren. Zu nennen sind auch hier die Praxen ohne Grenzen oder die zahlreichen medizinisch versorgenden Strukturen für Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Polikliniken und Gesundheitskollektive

In den letzten Jahren gründeten sich Gruppen in einzelnen Städten, um die Idee solidarischer Gesundheitszentren zu realisieren. In Hamburg (Veddel) und Berlin (Neukölln) sind sie schon Wirklichkeit geworden, in vielen weiteren (Groß)städten werden sie vermutlich in den nächsten Jahren realisiert. Das Motto des Poliklinik Syndikats, die Dachorganisation fast aller Polikliniken/Gesundheitszentren/Gesundheitskollektive, ist: „Gesundheit hängt von unseren Lebensverhältnissen ab – nicht nur vom individuellen Verhalten. Wir setzen uns für solidarische Gesundheitszentren und eine gerechte Gesellschaft ein.“

In der Praxis bedeutet dies, dass die Gesundheitsversorgung nicht beim Ärzt:innen-Patient:innen-Kontakt beginnt und endet, sondern dass weitere Berufsgruppen sich an der Versorgung der Menschen beteiligen, wie zum Beispiel Sozialarbeiter:innen, Therapeut:innen, Pflegefachkräfte – das alles hierarchiefrei und auf Augenhöhe. Aktuell werden die Projekte in Hamburg und Berlin wissenschaftlich begleitet. An der Charité findet eine Studie mit dem Namen „NAVIGATION“ statt.

Krankmachende Lebensverhältnisse, die sozialen Determinanten von Gesundheit, wie zum Beispiel Bildung, Wohnen und Arbeitsbedingungen, stehen in diesen Projekten mit im Fokus. Auf all diesen Ebenen wird bei der Versorgung ange setzt, auch mit Hilfe von Community Health Nurses. Diese unterstützen nicht nur die einzelnen Personen mit Blick auf akute und chronische Erkrankungen, sondern betrachten im Stadtteil mit den dort lebenden Menschen, wie hier präventive Gesundheitsversorgung stattfinden kann.

Zur Vertiefung verweisen wir insbesondere auf die Sonderausgabe unserer Zeitschrift „Gesundheit braucht Politik“ zu Sozialen Determinanten von Gesundheit (2015): www.vdaae.de/gesundheit-braucht-politik/archiv

Dr. Christiane Bachelier ist Co-Vorsitzende des vdäa*, Dr. Paul Brettel ist Mitglied im Vorstand des vdäa*.

verein
demokratischer
ärzt*innen



Der Verein demokratischer Ärzt*innen (vdäa*) ist ein ärztlicher Berufsverband, der sich seit 1986 als kritische und progressive Alternative zu standespolitisch wirkenden Ärzteverbänden versteht. Er bietet Raum für gesellschafts- und selbstkritische Diskussionen, fördert die Vernetzung politisch aktiver Ärzt*innen, Zahnmediziner*innen, Medizinstudierender und Psycholog*innen und beteiligt sich an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Der vdäa* steht für berufsgruppenübergreifende und internationale Solidarität sowie breite politische Zusammenarbeit in Bündnissen, national und international. Über Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Beteiligung an Demonstrationen, Stellungnahmen und eine Zeitschrift wirkt er in öffentliche und fachpolitische Debatten hinein. Wir betrachten kritische Analyse und politische Organisation als wichtige Bausteine, um die Kräfteverhältnisse hin zu einer demokratischen und solidarischen Gesundheitsversorgung und freieren Gesellschaft zu verschieben.

Web: www.vdaae.de

Armut als Gesundheitsrisiko

Besorgniserweckende Ergebnisse der Einschulungsuntersuchung

Mareike Brietzke & Nicole Maisch

In der UN-Kinderrechtskonvention heißt es: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit an“. Dieses Recht wird aber auch in Deutschland unzureichend und ungleich eingelöst und bleibt stark vom sozialen Status der Eltern abhängig. Bereits im frühen Kindesalter entstehen gesundheitliche Unterschiede mit Auswirkungen auf das gesamte Leben.

Auch in Kassel – mit über 207.000 Einwohner:innen die drittgrößte Kommune in Hessen – weisen aktuelle Daten darauf hin, dass gesundheitliche Chancen von Kindern eng mit sozialen Lebenslagen verknüpft sind. Kassel weist seit Jahren eine überdurchschnittlich hohe Kinderarmutsquote auf. 25 Prozent der unter 15-Jährigen leben in Haushalten, die Leistungen nach SGB II beziehen. Damit liegt der Wert über dem hessischen Durchschnitt von 13 Prozent (1). Für Kinder bedeutet das schlechtere Chancen auf ein gesundes Leben, wenn es nicht gelingt, gemeinsam über die administrativen Ebenen hinweg mit ausreichenden Ressourcen und klugen Konzepten gegenzusteuern.

Zur Bewertung des Gesundheitszustandes von Vorschulkindern sowie zur frühzeitigen Identifizierung von Handlungsbedarfen in der Prävention und Gesundheitsförderung bietet die Einschulungsuntersuchung (ESU) eine wichtige Datengrundlage. Als standardisiertes Instrument ermöglicht sie eine regelmäßige Bestandsaufnahme individueller Gesundheitsindikatoren. Der 2025 vom Gesundheitsamt Region Kassel veröffentlichte Kindergesundheitsbericht mit den ESU-Daten der Schuljahre 2018/19 bis 2023/24 gibt einen Einblick in die Entwicklung des Gesundheitszustandes Kasseler Kinder. Die Ergebnisse des Berichts sowie die aktuellsten ESU-Daten für das Schuljahr 2024/25 zeigen, dass der Bedarf für frühe Präventionsmaßnahmen hoch und unterschiedlich verteilt ist. Die kleinräumige Analyse ausgewählter Gesundheitsindikatoren macht deutlich, dass Kinder aus armen Stadtteilen deutlich häufiger Auffälligkeiten zeigen als Kinder aus privilegiierteren Bezirken. Dies muss von Land und Kommune als politischer Auftrag verstanden werden, denn alle Kinder haben das Recht, gesund aufzuwachsen und gut in ihre Schulzeit zu starten.

Unsere Befunde

In der Stadt Kassel werden bei der ESU jährlich etwa 2.000 Kinder untersucht. Ein Blick auf die zentralen Indikatoren der Kindergesundheit zeigt für das Schuljahr 2024/25, dass sich die meisten Werte leider verschlechtert haben.

Übergewicht und Adipositas: Der Anteil übergewichtiger oder adipöser Kinder ist 2024 wieder auf 13 Prozent angestiegen. Kleinräumige Analysen zeigen dabei deutliche Unterschiede innerhalb der Stadt. Zwar dürfen in Hessen in der ESU keine Merkmale erhoben werden, die Aussagen über die sozioökonomische Lage der Familie zulassen, dennoch erlaubt die räumliche Zuordnung Rückschlüsse darauf. Während im stark von Armut betroffenen Stadtteil Wesertor 21 Prozent der Kinder übergewichtig oder sogar adipös waren, lag der Anteil in Bad Wilhelmshöhe, einem Stadtteil, in dem viele wohlhabende Familien wohnen, bei 6 Prozent. Bundesweite Studien bestätigen, dass Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status häufiger übergewichtig oder adipös sind. Der Zusammenhang von Gesundheit und Armut zieht sich durch alle dargestellten Indikatoren.

Sprachkompetenz: Mit 28 Prozent erreichte der Anteil der Kasseler Kinder mit Förderbedarf in der Unterrichtssprache Deutsch in 2024 einen neuen Höchstwert. Vor allem Kinder aus Nord-Holland (59 Prozent), einem Stadtteil mit hohem Anteil armer Familien, zeigen Defizite in der Sprachkompetenz. Zwar handelt es sich bei den ESU-Ergebnissen nicht um diagnostizierte Sprachstörungen, dennoch zeigen auch Krankenkassendaten, dass der Anteil diagnostizierter Sprach- und Sprechstörungen bei 6- bis 18-Jährigen seit 2008 um 77 Prozent (2023) gestiegen ist.

Sehen und Hören: In der Stadt Kassel ist von 2018 bis 2024 der Anteil der Vorschulkinder mit Auffälligkeiten im Sehtest von 26 auf 39 Prozent und im Hörtest von 7 auf 23 Prozent angestiegen. Zwar handelt es sich bei den Screening-Ergebnissen nicht um gesicherte Diagnosen, dennoch weisen sie auf einen erhöhten Abklärungsbedarf hin. Dabei können zahlreiche Faktoren diese Ergebnisse beeinflussen. Untersuchende berichten neben sprachlichen Barrieren auch von einem nachlassenden Konzentrationsvermögen der Kinder. Internationale Trends zeigen ähnliche Entwicklungen. Laut WHO nehmen Kurzsichtigkeit und Hörstörungen bei Kindern und Jugendlichen aufgrund äußerer Lebensumstände weltweit seit Jahren zu.

Motorische Fähigkeiten: Auch im Bereich der Motorik zeigen sich negative Entwicklungen. Der Anteil der Kinder mit grobmotorischen Auffälligkeiten ist in 2024 auf 8 Prozent angestiegen. Vor allem Kinder aus dem ärmeren Stadtteil Forstfeld zeigen auffällige Ergebnisse (14 Prozent). Der Anteil der Kinder mit feinmotorischen Auffälligkeiten hat mit 20 Prozent ebenfalls weiter zugenommen. Im Stadtteil Nord-

Holland haben 32 Prozent Schwierigkeiten bei der Feinmotorik. Studien des RKI weisen darauf hin, dass Kinder mehr Zeit mit digitalen Medien und weniger mit aktivem Spielen verbringen. Diese Entwicklung verstärkte sich während der COVID-19-Pandemie und wirkt sich auf Körpergewicht und Motorik aus.

Chancen gesund aufzuwachsen

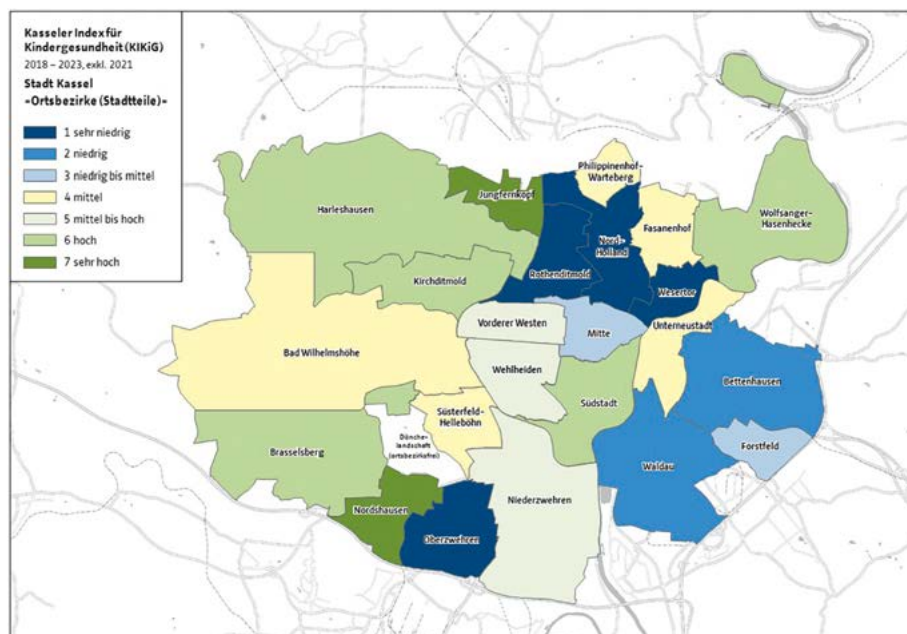
Auf Grundlage der ESU-Daten gibt der Kasseler Index für Kindergesundheit (KIKiG) Aufschluss über die Verteilung gesundheitlicher Belastungen von Vorschulkindern, indem er zentrale Gesundheitsindikatoren (*Masern-Impfrate, Körpergewicht, Sinnesscreening, körperliche Untersuchung, Motorik, Sprachkompetenz*) mehrerer Schuljahre zu einem Index bündelt. Hierbei bedeutet ein niedriger Indexwert eine schlechte Kindergesundheit.

Die Ergebnisse des aktuellen KIKiG zeigen einen klaren sozialen Gradienten: Stadtteile mit hoher Armutsbelastung weisen niedrigere Werte auf, während besser gestellte Stadtteile höhere Werte erreichen. Die Stadtteile Nord-Holland, Wesertor, Oberzwehren und Rothenditmolde weisen die meisten Förderbedarfe auf (siehe Abbildung). Gleichzeitig sind hier die Kinderarmutsquoten am höchsten. In 2024 war in Nord-Holland jedes zweite Kind von Armut betroffen. Der Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lag hier bei 49 Prozent, während er in Nordshausen bei 7 Prozent lag. Damit verdeutlicht der KIKiG die extrem ungleiche Verteilung von Chancen für ein gesundes Aufwachsen und stellt eine wichtige Grundlage zur Entwicklung passgenauer Fördermaßnahmen dar.

Die Daten sind eindeutig und der Handlungsauftrag an Politik in Bund, Land und Kommune klar. Wenn wir das Recht aller Kinder auf gesundes Aufwachsen einlösen wollen, müssen wir Prävention deutlich verstärken und Ressourcen gezielt dort einsetzen, wo Armut die Potentiale von Kindern hemmt. In Kassel setzen wir auf einen Dreiklang aus Sprach- und Bewegungsförderung, gesunder Ernährung und Elternarbeit. Unsere Vision, die wir gemeinsam mit der Universität Kassel und engagierten Vereinen vorantreiben, ist, dass sich jedes Kind in Kassel täglich eine Stunde mehr bewegt. Dabei bedienen wir uns einer Vielzahl an Bewegungsprojekten (2).

Das hessische Kindersprachscreening KiSS wird zukünftig nicht nur in städtischen Kitas, sondern auch in denen der freien Träger verpflichtend, und wir erwarten von Bund und Land, dass die Finanzierung des Programms „Sprach-Kitas“

Abbildung: Kindergesundheit in Kassel nach Stadtteilen



Kasseler Index für Kindergesundheit (KIKiG) - Einschulungsuntersuchungen 2018/19, 2019/20, 2020/21, 2022/23, 2023/24, Quelle und Darstellung: Gesundheitsamt Region Kassel.

auch nach 2026 gesichert ist. Beim Schul- und Kitaessen wurden die Standards der Ernährungsqualität verschärft. An einigen sozial besonders belasteten Kitastandorten konnten wir Kita-Sozialarbeit etablieren, die Eltern unterstützt und Chancengerechtigkeit verbessern soll.

Die empirischen Grundlagen und die Konzepte, um allen Kindern die Chance auf gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, sind vorhanden. Was fehlt, ist, dass Bund und Länder ihren Teil der finanziellen Last schultern und für Kinder aus Haushalten in Armut eintreten. Kürzungen beim Sozialindex an Schulen, die Unterfinanzierung des Ganztages, das drohende Aus der Sprach-Kitas, wegfallende Mittel aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, aus denen in Kassel unter anderem der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst finanziert wird, gefährden die Gesundheit vieler Kinder.

(1) Landeskoordinierungsstelle „Präventionsketten Hessen“ (2026): Kinderarmut in Hessen. Online unter: www.praeventionsketten-hessen.de/gelingendes-aufwachsen/kinderarmut

(2) Weitere Informationen zu einigen Projekten unter: www.kassel.de/buerger/sport_und_freizeit/fit-wie-herkules.php; www.ganztag-hessen.de/sport-verbindet-wie-sport-ernetzt-den-ganztag-kassel-revolutioniert

Mareike Brietzke arbeitet in der Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention des Gesundheitsamtes Region Kassel. Sie ist dort zuständig für die Gesundheitsberichterstattung und beschreibt auf der Grundlage der Gesundheitsdaten der Menschen in der Region die gesundheitliche Situation der dort lebenden Bürger:innen. Nicole Maisch leitet als Bürgermeisterin das Dezernat für Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit der Stadt Kassel.

Psychische Gesundheit im Jugendalter

IQB-Bildungstrend gibt Einblicke in psychosoziale Auffälligkeiten

Roman George

Der 2024 erhobene IQB-Bildungstrend hat einen deutlichen Leistungsrückgang in Mathematik und den Naturwissenschaften aufgezeigt. Auf die Veröffentlichung folgten besorgte Reaktionen: „*Lernrückstand in ganz Deutschland: Neue Bildungsstudie zeigt dramatischen Absturz in Mathe und Naturwissenschaften*“, meldete der Tagesspiegel. Und mit Blick auf die unterdurchschnittlichen Ergebnisse konstatierte der Hessische Rundfunk: „*Hessische Schüler schwach in Mathe und Naturwissenschaften*“. Auch in der HLZ haben wir die Befunde bezüglich der Kompetenzen in Mathematik, Biologie, Chemie und Physik besprochen. (1) Keine Beachtung in der Berichterstattung haben jedoch die Ergebnisse gefunden, die sich auf die psychische Gesundheit und das schulische Wohlbefinden beziehen. Das ist bedauerlich, denn diesbezüglich besteht ebenso Anlass zur Besorgnis.

Psychosoziale Auffälligkeiten

Wie bei PISA wurden die Untersuchungen des Instituts zur Qualitätsentwicklung in der Bildung (IQB) inzwischen über die fachlichen Anteile hinaus erweitert. Bereits beim letzten Durchgang in der Sekundarstufe I stellte das IQB den Schüler:innen der 9. Klasse auch Fragen zu „psychosozialen Auffälligkeiten“ und zur „Schulverbundenheit“. 2024 kamen Fragen zu „sozialen Fähigkeiten“ hinzu. Psychosoziale Auffälligkeiten wurden unterteilt in „emotionale Probleme“ und „Hyperaktivität“. Um zum Beispiel das Vorhandensein von emotionalen Problemen zu messen, sollten die Schüler:innen angeben, wie stark sie der Aussage „*Ich mache mir häufig Sorgen.*“ zustimmen. (2)

Selbstverständlich wirft diese Herangehensweise methodische Fragen auf. Bei der Antwort handelt es sich um eine Selbstausskunft, die von subjektiven Faktoren abhängig ist. Eine standardisierte Frage alleine ist keinesfalls ausreichend, um zu beurteilen, ob hinter einer Auffälligkeit tatsächlich ein ernsthaftes Problem oder gar eine Erkrankung steht. Angesichts der Breite der Befragung stellen die Ergebnisse jedoch einen nützlichen Indikator für das allgemeine Befinden der Altersgruppe dar. Da diese Fragen zum zweiten Mal gestellt wurden, kann man zudem Veränderungen im Zeitverlauf erkennen.

Zusätzlich zu den im Berichtsband präsentierten bundesweiten Zahlen stellt das IQB die Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer online zur Verfügung. So konnten für die nebenstehende Abbildung die Zahlen für Hessen herangezogen werden. Diesen zufolge sind bei rund der Hälfte der Schüler:innen emotionale Probleme zu konstatieren. Bei

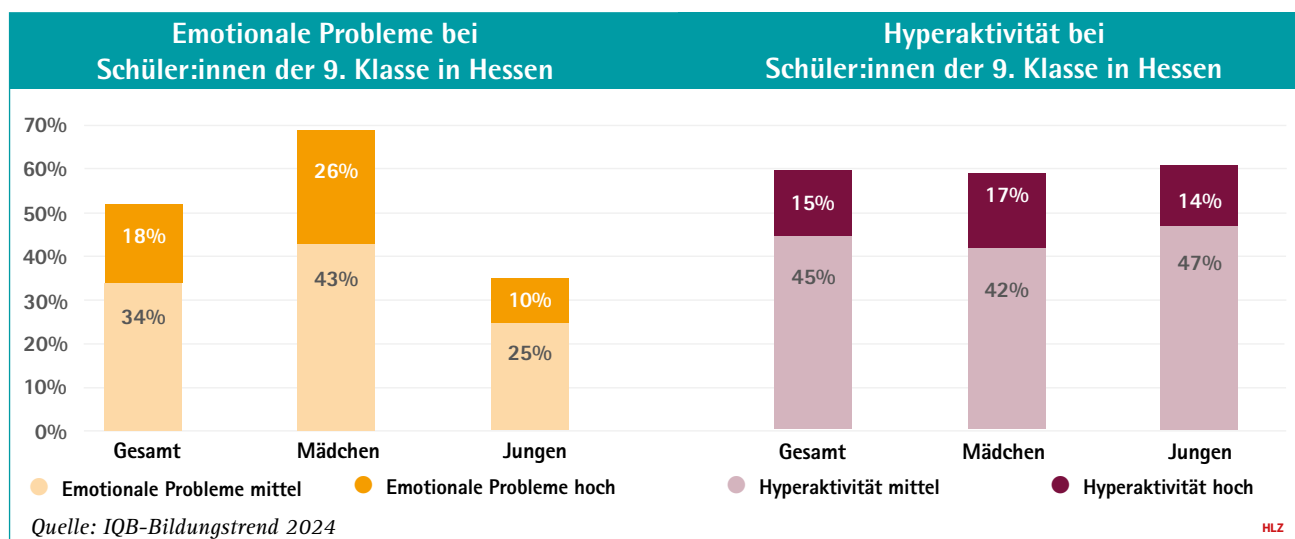
34 Prozent handelt es sich um mittlere, bei 18 Prozent um hohe emotionale Probleme. Unter den weiblichen Jugendlichen sind emotionale Probleme mit 43 Prozent im mittleren Bereich und 26 Prozent im hohen Bereich deutlich stärker verbreitet. Zudem werden geringfügige Unterschiede in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status sowie bei einem Zuwanderungshintergrund festgestellt.

Hyperaktivität als zweite untersuchte Auffälligkeit ist sogar noch häufiger: 45 Prozent berichteten von einer mittleren und 15 Prozent von einer hohen Hyperaktivität. Diesbezüglich bestehen nur geringfügige Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen. Der Vergleich mit der letzten Untersuchung aus dem Jahr 2018 zeigt, dass sowohl die emotionalen Probleme wie auch die Hyperaktivität in diesem Zeitraum zugenommen haben: Der Mittelwert, also der Durchschnitt der Antworten auf der verwendeten Skala, hat sich bezogen auf die emotionalen Probleme um einen Wert von 0,31 erhöht. Der Anteil der Schüler:innen, die keine oder wenige Sorgen haben, ist also kleiner geworden. Auch bei Hyperaktivität hat sich der Mittelwert um 0,22 erkennbar verschlechtert.

Schule als Teil der Lösung

Die gute Nachricht ist, dass die meisten Schüler:innen sich nach wie vor in der Schule sozial eingebunden fühlen und eine hohe Schulzufriedenheit aufweisen. Über zwei Drittel der hessischen Schüler:innen fühlen sich eingebunden, haben also das Gefühl, von den Mitschüler:innen gemocht zu werden. Mit 57 Prozent hatte deutlich mehr als die Hälfte das Gefühl, zu ihrer Schule zu gehören. Aber dennoch: Immerhin 5 Prozent fühlten sich nicht eingebunden, 25 Prozent nur in mittlerem Ausmaß. Die Schulzufriedenheit war bei 5 Prozent niedrig und bei weiteren 38 Prozent mittel ausgeprägt. Bei beiden Indikatoren haben sich die Werte im Vergleich zu 2018 verschlechtert. Der Anteil der Schüler:innen, die sich nicht gemocht fühlen beziehungsweise eine geringe Schulzufriedenheit aufweisen, hat also zugenommen.

Für diese Befunde gilt, ebenso wie für die Entwicklung der fachlichen Kompetenzen, dass der IQB-Bildungstrend diese zwar misst, aber nicht die Ursachen für Veränderungen identifizieren kann. Über diese lässt sich nur begründet spekulieren. Die Autor:innen registrieren bezogen auf die psychosozialen Auffälligkeiten, dass immer mehr Schüler:innen mit hohem sozioökonomischen Status betroffen sind. Die



Unterschiede zu der Gruppe mit niedrigem Status sind kleiner geworden, auch wenn Sorgen nach wie vor unter den Schüler:innen aus benachteiligten Familien etwas stärker verbreitet sind. Eine Rolle für die stark zugenommenen Sorgen bei sozioökonomisch bessergestellten Schüler:innen könnte spielen, dass inzwischen auch akademische Berufe immer weniger vor einem Verlust des Arbeitsplatzes schützen. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt könnte ebenfalls dazu beitragen, dass sich wirtschaftliche Unsicherheiten inzwischen tief in die Mittelschicht hineingefressen haben.

Womöglich tragen aber auch die globalen multiplen Krisen zu dieser Entwicklung bei. Denn es ist bekannt, dass Schüler:innen aus Familien mit einem höheren kulturellen Kapital insgesamt besser informiert sind. Angesichts der besorgniserregenden Nachrichten aus aller Welt, mit denen sich junge Menschen ebenso wie Erwachsene jeden Tag konfrontiert sehen, sind Zukunftssorgen durchaus nachvollziehbar. Diese sind für sich genommen jedoch kein Beleg, dass ein emotionales Problem im Sinne einer „psychosozialen Auffälligkeit“ vorliegt. Umso wichtiger ist jedoch, dass die Schule der psychischen Gesundheit genügend Aufmerksamkeit schenkt. Diffuse Ängste lassen sich am besten bearbeiten, indem man sich aktiv mit ihnen auseinandersetzt. Die Vermittlung einer umfassenden Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) kann so zum Beispiel dazu beitragen, begründete Sorgen in Handlungsfähigkeit zu überführen.

Erkrankungen nehmen zu

Die bestehenden Engpässe in der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche scheinen ein klares Indiz dafür zu sein, dass sich die psychische Gesundheit dieser Altersgruppe verschlechtert hat. Allerdings muss bedacht werden, dass dabei auch andere Faktoren eine Rolle spielen können. Falls zum Beispiel die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen zurückgegangen und Familien daher offener für eine therapeutische Behandlung sein sollten, würde allein das zu steigenden Fallzahlen führen. Für die öffentliche Gesundheit

wäre es gleichwohl eine positive Entwicklung, da bestehende Erkrankungen häufiger behandelt würden.

Der aktuelle DAK-Kinder- und Jugendreport zeigt jedenfalls auf, dass diagnostizierte psychische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter deutlich zugenommen haben. Das gilt für den betrachteten Zeitraum von 2019 bis 2024 für Angststörungen, Depressionen und Essstörungen. Mädchen sind inzwischen doppelt so häufig von einer Angststörung betroffen wie Jungen. Dies ist vor allem auf eine Zunahme bei Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren zurückzuführen. Die sogenannte Prävalenz liegt in dieser Gruppe inzwischen bei 44. Das bedeutet, dass im Durchschnitt von 1000 Mädchen dieser Altersgruppe 44 betroffen sind. (3)

Wenn man diese Daten mit den Befunden aus dem IQB-Bildungstrend vergleicht, zeigt sich zweierlei: Zum einen ergibt sich bei weitem nicht aus jeder Sorge, über die junge Menschen berichten, eine psychische Erkrankung, die behandelt werden müsste. Zum anderen passen die festgestellten Tendenzen beider Studien gut zusammen: Das generelle Wohlbefinden nimmt einerseits ab, während diagnostizierte Erkrankungen andererseits zunehmen, besonders stark bei Mädchen. Es gibt also guten Grund, sich mit der psychischen Gesundheit der Jugendlichen und mit Maßnahmen zu deren Verbesserung auseinanderzusetzen.

(1) Roman George: Einbruch in den MINT-Fächern: IQB-Bildungstrend zu Mathematik, Biologie, Chemie und Physik, in: HLZ 2/2026, S. 26-27.

(2): Anna Volodin/Rebecca Schneider/Sarah Gentrup/Annika Liebelt (2025): Überfachliche sozio-emotionale Merkmale von Schüler:innen, in: Petra Stanat/Stefan Schipolowski/Sarah Gentrup/Karoline A. Sachse/Sebastian Weirich/Sofie Henschel (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2024. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich, Münster/New York, S. 335-356.

(3) Alena Zeitler/Jana Diekmannshemke/Julian Witte/Lisa Wand-schneider/Lena Hasemann (2025): Angststörungen bei Kindern und Jugendlichen. Entwicklung der Häufigkeit von Angststörungen, Depressionen und Essstörungen in Deutschland – Ergebnisse des DAK-Kinder- und Jugendreports.

„Auf sechs Beinen stehen“

Warum therapeutische Angebote für Studierende so wichtig sind

Ursula Lemmertz

Ursula Lemmertz leitet den Bereich Studentisches Leben beim Studierendenwerk Darmstadt. Die HLZ wollte von ihr wissen, mit welchen psychischen Belastungen Studierende konfrontiert sind und wie sie durch passende Beratungsangebote unterstützt werden können. Dabei wurden auch die Möglichkeiten zur Prävention angesprochen.

Welche Beratungen bietet das Studierendenwerk Darmstadt an?

Wir haben eine psychotherapeutische Beratungsstelle und eine Sozialberatung. Zusätzlich gibt es ein studentisches Beratungsbüro, um Studierende auf Augenhöhe zu unterstützen.

Wie werden die Angebote angenommen?

In der psychotherapeutischen Beratungsstelle bieten wir sowohl Einzelgespräche als auch Gruppen an. Vor allem die Nachfrage nach individueller Beratung wächst weiter an. Es gibt ein großes Bedürfnis, sich in einem vertraulichen Rahmen zu unterhalten. Einerseits gibt es Zugang zu vielen Informationen im Netz. Da wirkt es häufig so, als sei alles super leicht. Aber im Alltag Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu überwinden, das ist oft schwierig. Und da braucht es dann individuelle Unterstützung.

Sind auch Anschlussberatungen möglich?

Bei uns sind mehrere Termine möglich. Das Angebot der 57 Studierendenwerke bundesweit ist unterschiedlich: Manche bieten nur niedrigschwellige Unterstützung an, andere auch therapeutische Angebote. Wir haben je nach Standort unterschiedliche Ausgangslagen bei der therapeutischen Versorgung. Wo ein Ausbildungsinstitut für Psychotherapeuten besteht, gibt es nochmal eine zusätzliche Anlaufstelle. In Darmstadt ist die Versorgung nicht gut, deswegen begrenzen wir die Anzahl der Beratungen nicht so stark. Es hängt daher von der Einschätzung der Berater ab, ob wir länger unterstützen.

Sind die Gruppenangebote auf bestimmte Problemlagen ausgerichtet?

Wenn die Berater feststellen, dass bestimmte Themen häufiger sind, entwickeln sie dazu eine Gruppe. Über die Jahre haben sich diese etwas verändert. Im Moment haben wir zum Beispiel kein Selbstkompetenztraining mehr, dafür eine relativ neue Gruppe zu Prokrastination – also einem unangemessenen Aufschiebeverhalten. Dabei begleiten wir die Studierenden, um Vorsätze für ein Semester zu definieren.



Ursula Lemmertz, Foto: Studierendenwerk Darmstadt

Mit welchen Problemlagen kommen Studierende am häufigsten auf Sie zu?

Zu unserem 50-jährigen Jubiläum haben wir uns angeguckt, was in den alten Tätigkeitsberichten über die Beratungsanlässe steht: Depressive Verstimmungen und Identitäts- und Selbstwertprobleme waren schon immer unter den ersten drei Anlässen. Manchmal ist das erstgenannte Thema, wie zum Beispiel Lern- und Leistungsprobleme, nur der Türöffner. Wenn die Studierenden nach einigen Gesprächen mehr Sicherheit haben, öffnen sie sich. Dann zeigt sich, dass eigentlich ein anderes Thema der Hauptgrund war.

Man kann also gar nicht genau trennen zwischen Anlässen, die mit dem Studium zu tun haben, und anderen?

Das erlebt man ja selber: Wenn es einem privat nicht so gut geht, ist man auch im Job oder eben im Studium nicht so belastbar. Deswegen zeichnet uns die Verknüpfung der Beratung mit dem Wissen um die Hochschule aus. So können konkrete Lösungsstrategien erarbeitet werden. Viele Studiengänge sind sehr herausfordernd angelegt. Das ist für viele Studierende belastend – und bedeutet nicht, dass sie nicht fähig sind. Unsere Berater sagen auch immer wieder, dass sich die beiden Felder gegenseitig unterstützen. Wenn es im Privaten läuft, kann das auch über schwierige Phasen im Studium helfen. Oder umgekehrt, wenn man etwas wirklich Belastendes durchstehen muss, Schicksalsschläge verarbeiten muss, kann die Struktur des Studiums stützend wirken.

Hat sich die mentale Gesundheit der Studierenden seit der Pandemie verschlechtert?

Manche Diagnosen haben vielleicht nur zugenommen, weil sie zu lange unerkannt waren. ADHS ist zum Beispiel womöglich gar nicht mehr geworden, sondern wurde lange

einfach nicht erkannt. Aber die Studierenden gehören zu der Gruppe, bei der es nachvollziehbar ist, dass sie psychisch belastet sind, auch angesichts der unsicheren Politiklage – und das in der Phase des Heranwachsens, in der sie sich häufig befinden. Es gibt viele Umbrüche, vielleicht einen Todesfall oder die erste Trennung, die zu verarbeiten sind. Die Pandemie hat sich nicht sofort in der Beratung niedergeschlagen. Am Anfang fanden die Studierenden es sogar ziemlich cool, im Schlafanzug eine Vorlesung verfolgen zu können. Aber nach einem Jahr wurden die Folgen deutlich. Obwohl die Hochschulen inzwischen wieder gefüllt sind, wirkt die Pandemie nach. Das Kontaktknüpfen ist schwerer geworden, vielleicht auch durch die starke Distanz, die sich aus Sozialen Medien ergibt. Viele sind darüber vermeintlich gut in Kontakt. Aber kann man sich auch an die wenden, wenn man Probleme hat oder Hilfe beim Umzug braucht?

Spielt bei Studierenden aus dem Ausland die Sprachbarriere eine Rolle?

Das ist unterschiedlich. Die Hochschulen haben ja die Bestrebung, den Internationalisierungsgrad zu erhöhen. Wir haben sogar englischsprachige Gruppen versucht, die sind aber bisher nicht angenommen worden. Je nach Herkunftsland ist das Thema psychische Erkrankung ganz anders besetzt. In manchen Ländern ist es sogar gefährlich, über psychische Probleme offen zu sprechen.

Ich nehme an, es gibt Beratungsfälle, bei denen Sie sagen müssen: Hier sind wir am Ende unserer Möglichkeiten ...

Auf jeden Fall, mit unseren begrenzten Ressourcen. Wir haben deswegen unseren Anmeldevorgang geändert: Zuerst gibt es eine telefonische Beratung, bei der man mit einem psychotherapeutischen Berater spricht. So kann er eine Ersteinschätzung treffen. Wenn der Berater feststellt, dass wir etwas hier nicht leisten können, etwa weil wöchentliche Kontakte im Rahmen einer Psychotherapie benötigt werden, können wir gleich empfehlen, bei einem niedergelassenen Therapeuten einen Platz zu suchen. Wir haben deswegen auch Informationen auf unserer Webseite, wie man einen Therapieplatz findet. Wenn nötig, nehmen wir die Leute doch auf, wenn sich zeigt, dass wir sie zumindest stabilisieren müssen, oder weil es sich um internationale Studierende handelt, die noch schwerer bei Niedergelassenen unterkommen. Studierende brauchen eine Krankenversicherung, um sich immatrikulieren zu können. Wählt man die Versicherung primär nach deren Kosten aus, so sind private Versicherungen oft günstiger. Allerdings zu dem Preis, dass Leistungen ausgeschlossen sind, zum Beispiel psychotherapeutische Beratung. Wenn internationale Studierende dann ohne irgendeine Versorgung dastehen, sehen sich unsere Berater doch in der Verantwortung.

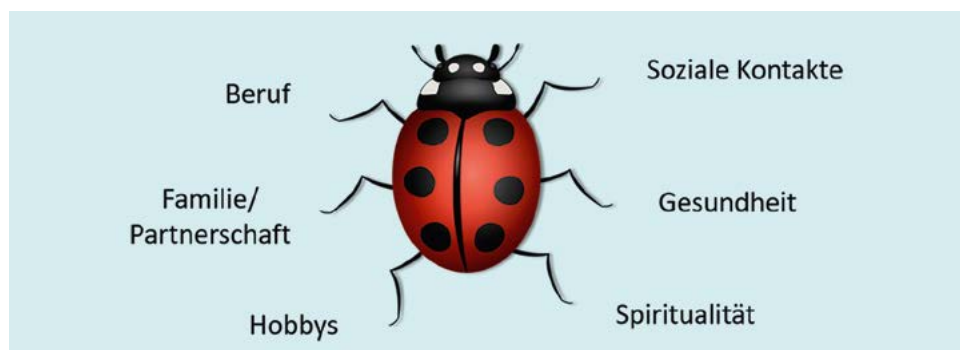
Haben Sie Ratschläge, wie Studierende trotz Belastungen gesund durchs Studium kommen können?

Wir haben bereits Veranstaltungen zu dem Thema gemacht. Sehr anschaulich finde ich dabei das Käfer-Modell. Wie beim Käfer ist das Leben auf sechs Beinen stabiler aufgestellt. Die einzelnen Beine stehen für Beruf oder Studium, Freunde, Familie, Gesundheit, Hobbys und Spiritualität oder Religion – je nachdem, wie man das sieht. Das Bild verdeutlicht sehr gut, dass es besonders dann schwierig wird, wenn man in vielen Feldern schwach aufgestellt ist. Wenn man sich nur aufs Studium fokussiert, trifft einen ein Schicksalsschlag oder eine durchgefallene Prüfung viel härter, als wenn man noch die anderen Beine hat, die zu stabilisieren helfen: gute soziale Beziehungen oder auch ein Hobby, in dem man Erfüllung findet. Auch Gesundheit besteht nicht nur aus dem Aspekt körperliche und psychische Gesundheit. Unsere Sozialberatung unterstützt bei kritischen Basics: Habe ich genug Einkommen, um mich monatlich irgendwie zu finanzieren? Wie läuft das mit der Krankenversicherung, während ich jobbe? Oder wenn die Ausländerbehörde Leistungsnachweise fordert, damit ich einen Aufenthaltstitel verlängern kann. Daher müssen wir die Studierenden auch über ihre Rechte aufklären.

Haben Sie Wünsche an die Politik?

Unser Dachverband fordert schon lange mehr Geld für die psychotherapeutische Beratung. Wir brauchen das, da der Bedarf deutlich höher ist als unser Angebot. Das Geld wäre dabei sehr wirksam investiert, da gerade das frühe Unterstützen, wenn man psychisch ins Straucheln kommt, sehr schnell wirksam wird. Was die Berater leisten, verhindert oftmals, dass Probleme sich zu psychischen Erkrankungen verfestigen, und ist dadurch auch ein Beitrag für unsere Gesellschaft insgesamt. Mir ist aber klar, dass das im Moment durch die wirtschaftliche Lage schwierig ist, auch weil es so viele andere soziale Angebote gibt, die große Finanzierungsnot haben. Deswegen gilt es, auch unseren eigenen Handlungsspielraum zu nutzen. Wir müssen ungünstige Strukturen hinterfragen, Studienverläufe und Prüfungsanforderungen so gestalten, dass sie weniger belasten. Ich sehe auch viele Ansatzpunkte, um im gesellschaftlichen Miteinander füreinander da zu sein. Mal zuhören, wie es dem anderen wirklich geht, dass man sich wieder trifft und dabei auch ins Vertrauen geht, um dann positiv überrascht werden zu können: Ich bin tatsächlich nicht alleine.

Das Käfer-Modell nach Dr. Mirriam Prieb/pixabay



Bewegte Kindheit schafft Chancen

Bewegung, mentale Gesundheit und gemeinsame Verantwortung

Tim Döring, Désirée Heß & Sabine Weichert

Bewegung ist eine grundlegende Voraussetzung für die körperliche, kognitive, emotionale und soziale Entwicklung von Kindern. Frühkindliche Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten haben mittlerweile einen vielfältigen Bildungsauftrag. Ein wichtiger Teilaspekt der frühkindlichen Bildung liegt darin, Kindern vielfältige Bewegungserfahrungen zu ermöglichen. Bewegung ist weit mehr als motorisches Training. Sie unterstützt Problemlösefähigkeiten, stärkt das Selbstkonzept, verbessert die Emotionsregulation und schafft soziale Lerngelegenheiten.

Bewegung und Gesundheit

Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan betont die zentrale Bedeutung von Bewegung, um Motorik, Motivation, Selbstwirksamkeit, soziale Fähigkeiten und kognitive Leistungsfähigkeit zu fördern. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen diesen Zusammenhang: Laut unserer bundesweiten Studie *Move for Health* berichten regelmäßig sportlich aktive Kinder von einem besseren allgemeinen Gesundheitszustand, einer höheren Lebenszufriedenheit und einer besseren sozialen Einbindung als weniger aktive Kinder. Auch Jugendliche, die regelmäßig Sport treiben, zeigen eine signifikant höhere gesundheitsbezogene Lebensqualität und geringere psychische Belastungen. (1)

Gleichzeitig wird Bewegungsmangel zunehmend zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Viele Kinder und Jugendliche erreichen die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen täglichen 60 Minuten Bewegung nicht. Lediglich etwa 11 Prozent der Mädchen und 21 Prozent der Jungen erfüllen diese Empfehlung. (2) Ursachen dafür liegen in veränderten Rahmenbedingungen, wie Freizeitgewohnheiten, Bildschirmzeit und einem immer stärker strukturierten Alltag. Auch jüngere Kinder bewegen sich weniger als früher, obwohl gerade das Alter zwischen drei und sechs Jahren als „goldenes Bewegungsalter“ gilt. Die Daten aus der *Move for Health*-Studie verdeutlichen zudem einen relevanten Trend: Während sich bei Kindern Ein- und Austritte in Sportvereine noch die Waage halten, überwiegen im Jugendalter zunehmend die Austritte – insbesondere bei Mädchen. Damit geht auch ein Rückgang wahrgenommener Gesundheit einher.

Rahmenbedingungen in Kita und Schule

Kitas und Schulen sind zentrale Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Hier entstehen täglich Bewegungsgelegenheiten – oder sie gehen verloren. Die Herausforderung besteht

darin, Bewegung nicht auf einzelne Angebote zu begrenzen, sondern sie als Querschnittsaufgabe zu verstehen. Die Rahmenbedingungen unterscheiden sich stark zwischen städtischen und ländlichen Regionen: Während ländliche Einrichtungen häufig von großzügigen Außengeländen profitieren, haben städtische Einrichtungen oftmals begrenzte Flächen und hohe Kinderzahlen. Dadurch wird der Alltag stärker verdichtet, spontane Bewegungsphasen werden seltener.

Auch der Ausbau des Ganztags in Grundschulen bietet Chancen und Herausforderungen zugleich. Bewegung kann fester Bestandteil rhythmisierten Lernens werden, etwa durch bewegte Pausen, spielerische Unterrichtsformen, Sportangebote im Ganztag oder Kooperationen mit Vereinen. Gleichzeitig geraten Schulen und Träger an ihre Kapazitätsgrenzen. Fachpersonal, geeignete Räume und qualitativ hochwertige Bewegungsangebote müssen gezielt entwickelt und abgesichert werden. Professionalisierung spielt dabei eine entscheidende Rolle: Qualifizierte Übungsleitende sowie Lehr-Fachkräfte sind wichtige Partner, um pädagogisch fundierte und gesundheitsfördernde Bewegungsangebote umzusetzen.

Mentale Gesundheit

Die psychische Gesundheit hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Thema im Bildungsbereich entwickelt. Neben Leistungsdruck und gesellschaftlichen Veränderungen spielt dabei auch Einsamkeit eine zunehmende Rolle. Aktuelle Studien zeigen, dass sich viele Kinder und Jugendliche trotz schulischer Einbindung zeitweise einsam fühlen. Fehlende Zugehörigkeit, soziale Unsicherheiten oder negative Kontakterfahrungen können zu Stress, depressiven Symptomen und verminderter Lebenszufriedenheit führen. Kitas, Schulen und Hochschulen fungieren nicht nur als Lern-, sondern vor allem als Lebensorte. Hier entstehen soziale Beziehungen, Anerkennung und Selbstwirksamkeit – oder das Gegenteil. Bildungsinstitutionen haben daher eine wichtige präventive Funktion: Sie können Schutzräume schaffen, in denen Kinder und Jugendliche sich wahrgenommen, eingebunden und unterstützt fühlen.

Auch das pädagogische Personal steht zunehmend unter Druck. Belastungssituationen entstehen nicht abrupt, sondern entwickeln sich schleichend. Sensibilität für Warnsignale im Team ist ebenso wichtig wie das Wissen, wie „mentale Erste Hilfe“ bei Kindern und Jugendlichen geleistet werden kann. Der hessische Jugendring hat daher einen praxisnahen Leitfaden für die Jugendverbandsarbeit zum Thema „Erste Hilfe

in mentalen Krisen“ entworfen, der dem Fachpersonal Orientierung bieten soll. (3) Zur Verantwortung gehört auch, Grenzen zu kennen. Therapeutische Interventionen gehören in die Hände von Fachpersonen.

Best-Practice-Beispiele aus Hessen

Eine nachhaltige Bewegungsförderung gelingt am besten, wenn Bildungseinrichtungen, Kommunen und Sportvereine zusammenarbeiten. Sportvereine verfügen über große Expertise in der Bewegungs- und Jugendförderung und sind wichtige Orte sozialer Teilhabe. Durch Kooperationen entstehen zusätzliche Bewegungsangebote, niedrigschwellige Zugänge und verlässliche Bezugspersonen außerhalb der Schule.

Qualitätssiegel „Hessischer Bewegungskindergarten“: Die Sportjugend Hessen zertifiziert seit vielen Jahren Kindertageseinrichtungen, die Bewegung konsequent in ihren Alltag integrieren. Das Qualitätssiegel definiert klare Kriterien für ein bewegungsfreundliches Umfeld, basierend auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Initiative „Mehr Bewegung in den Kindergarten“: Diese Initiative der Sportjugend Hessen setzt sich gezielt dafür ein, Bewegung als festen Bestandteil in den Alltag von Kindertagesstätten zu integrieren. Dabei steht im Mittelpunkt, Kindern frühzeitig Freude an körperlicher Aktivität zu vermitteln. Durch praxisnahe Fortbildungen, vielseitige Bewegungskonzepte und die Bereitstellung von Materialien unterstützt die Initiative die Einrichtungen dabei, ein bewegungsfreundliches Umfeld zu schaffen. Ziel ist es, den natürlichen Bewegungsdrang der Kinder aufzugreifen und zu stärken, sodass Bewegung spielerisch in den Alltag eingebunden wird.

Projekte gegen Bewegungsmangel und Einsamkeit: Mit der Kampagne *Step it up* unterstützt die Sportjugend Hessen Kommunen und Jugendeinrichtungen darin, niedrigschwellige Bewegungsangebote aufzubauen. Ergänzend dazu setzt das Projekt FIVE – *Fit und verbunden gegen Einsamkeit* bei einem wachsenden Problem an: der sozialen Isolation junger Menschen. FIVE vernetzt Sportvereine, Schulen, Hochschulen und Jugendzentren und schafft Bewegungsangebote, die soziale Kontakte fördern. Gleichzeitig qualifiziert das Projekt Multiplikator:innen, Einsamkeit zu erkennen, sensibel zu reagieren und Bewegungssettings so zu gestalten, dass Vertrauen, Austausch und Zugehörigkeit entstehen.

Fortbildungsangebote der Sportjugend: Damit Bewegung ein fester Bestandteil des Bildungsalltags bleibt, braucht es verlässliche Strukturen, gut ausgebildete Fachkräfte und langfristige Kooperationen. Durch qualifizierte Fortbildungs-



Bewegungsangebote, nicht nur im Sportunterricht, sind ein wichtiger Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsauftrags von Kitas und Schulen. Foto: IMAGO / JOKER

angebote unterstützt die Sportjugend Hessen unter anderem mit neuen Weiterbildungen wie *Sport im Ganzttag* oder *Mehr Bewegung in den Kindergarten*. Alle Angebote stehen online: www.sportjugend-hessen.de/fortbildungen

Bewegung, Gesundheit und Teilhabe gehören untrennbar zusammen. Die *Move for Health*-Studie der Deutschen Sportjugend zeigt, dass sportliche Aktivität und soziale Einbindung maßgeblich zur mentalen Gesundheit beitragen. Gleichzeitig wird deutlich, dass bestimmte Gruppen – vor allem Mädchen, Kinder aus einkommensschwachen Familien und Jugendliche mit Förderbedarf – besondere Aufmerksamkeit benötigen. Wenn Bildungseinrichtungen, Jugendarbeit und Sport gemeinsam handeln, können sie Bewegungsmangel entgegenwirken, soziale Teilhabe stärken und Kindern wie Jugendlichen echte Chancen auf ein gesundes, selbstbestimmtes Aufwachsen eröffnen.

Tim Döring ist Referatsleiter Bewegungsförderung und internationale Jugendarbeit bei der Sportjugend Hessen. Désirée Heß ist dort als Referentin für Inklusion und Integration zuständig, Sabine Weichert leitet die Öffentlichkeitsarbeit und Verbandskommunikation.

(1) Deutsche Sportjugend (2025). MOVE FOR HEALTH. Die Potenziale von Bewegung und Sport für die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen 2.0. Ausgewählte Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt MOVE FOR HEALTH 2023–2024.

(2) Robert Koch-Institut (2024). Bewegungsverhalten von älteren Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse der HBSC-Studie 2022 und Zeitverläufe seit 2009/10. *Journal of Health Monitoring*, 9 (1).

(3) Hessischer Jugendring (2025). Erste Hilfe in mentalen Krisen. Ein praxisnaher Leitfaden für die Jugendverbandsarbeit.

„Eine Schule ist keine Fabrik“

Arbeits- und Gesundheitsschutz für schulisches Personal

HLZ: Mögt ihr euch und eure Tätigkeit im Arbeits- und Gesundheitsschutz kurz vorstellen?



Dorothee Schäfer

Dorothee Schäfer: Ich bin an der Mittelpunktschule in Trebur und im Gesamtpersonalrat für Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis tätig. Ich vertrete den Gesamtpersonalrat im Arbeitsschutzausschuss. Wir haben zwei Termine im Jahr, in der Regel in Präsenz. Zwei weitere Kann-Termine finden nur statt, wenn etwas Dringendes vorliegt. Mit dabei sind die Schulträger, wir haben in unserem Schulamtsbezirk insgesamt vier. Außerdem ist der Medical Airport Service dabei, der bei uns die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Aufsicht hat. Ein Vertreter der Unfallkasse kommt

noch dazu. Oft gibt es Zank über Zuständigkeiten unter den Schulträgern, manchmal auch mit dem Medical Airport Service. Aber man gibt sich in der Regel Mühe, der Umgangston ist sehr konstruktiv. Einiges verliert sich auch in den Mühlen der Bürokratie ...

Peter Engelhardt: Doro und ich sind zusammen im Gesamtpersonal und im Arbeitsschutzausschuss. Ich bin Grund-



Peter Engelhardt

schullehrer im Main-Taunus-Kreis. Mit dem Hitzeschutz zum Beispiel beschäftigen wir uns jetzt schon länger. Es geht dabei immer wieder um bauliche Maßnahmen. Im Sommer wird es wegen der Hitze immer prekärer in den Klassenräumen. Gerade auch wegen des Ganztags müssen wir hier endlich weiterkommen.

HLZ: Wie sieht es auf der Landesebene aus?

Bernd Vogeler: Ich bin inzwischen in Pension, war lange im Arbeitsschutzausschuss und habe dort nach Anlaufschwierigkeiten des Ausschus-

ses Erfolge erreicht. Er kann einen großen Hebel darstellen. Beim GEW-Bildungswerk lea biete ich regelmäßig ein Beratungsseminar zum Arbeits- und Gesundheitsschutz an. Zudem bin ich Mitglied in der AG Arbeitsschutz im Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales. Meine Botschaft ist: Ihr habt nur eine Gesundheit, passt auf sie auf! Ein Schwerpunkt ist dabei die Teildienstfähigkeit, die nicht allen bekannt ist.

Peter Zeichner: Ich bin nun in der zweiten Amtsperiode im Vorsitz des Hauptpersonalrats Schule. Daher vertrete ich uns im Landesarbeitsschutzausschuss. Die Zusammensetzung ist analog zu den Arbeitsschutzausschüssen. Vertreten ist das Kultusministerium, die Unfallkasse und der Medical Airport Service als betriebsärztlicher und Arbeitssicherheitsdienst für ganz Hessen. Auch ein Schulleiter und die Hauptschwerbehindertenvertretung sind dabei. Leider fehlen die kommunalen Spitzenverbände, dabei müssten viele Anliegen von ihrer Seite koordiniert werden. Die Schulen müssten eigentlich in den kommunalen Hitzeschutzplänen mit auftauchen, aber die Praxis sieht ganz anders aus. Wir haben zwei Treffen im Halbjahr. In der Pandemie sind wir zu Videokonferenzsitzen gewechselt – und dabei geblieben, was ich bedauere.

HLZ: Wie kann man die Zuständigkeiten zwischen den Ebenen abgrenzen?

Peter Zeichner: Der Landesarbeitsschutzausschuss soll die überregionalen Dinge behandeln. Zum Beispiel hatten wir bei der letzten Sitzung die Novellierung der Brandschutzrichtlinie auf der Tagesordnung, an der nicht viel verändert wurde. Oder die Richtlinien zur Sicherheit im Unterricht, die aber nicht vom Land kommen, sondern von der Bundesebene. In Hessen kann man dann nur noch ein paar Spezifika unterbringen. Ansonsten tauchen immer wieder mal lokale Probleme auf, die von überregionalem Interesse sein können. Wir hatten vor einiger Zeit Schadstoffalarme in Frankfurt oder den Fall einer Gesundheitsgefährdung, die von giftigen Pflanzen auf dem Schulgelände ausging. Eine aktuelle Beschwerde gibt es dazu, dass die Wahrnehmung der betriebsärztlichen Sprechstunden nicht anonym möglich ist. Aus Abrechnungsgründen geht das über den Schreibtisch der Schulleitung. Die regionalen Arbeitsschutzausschüsse dürfen gerne noch mehr Themen an uns herantragen.

HLZ: Welche Erfolge habt ihr erlebt?

Peter Engelhardt: Die Sprechstunde der Arbeitsmedizinerin wird vermehrt genutzt, seitdem sie bekannter in den Kollegien gemacht wurde. Diese Beratung ist sehr hilfreich, weil sie als Medizinerin ja einen anderen Blick auf die Lehrerinnen

und Lehrer hat als die Schulleitung. Das hilft bei Konfliktsituationen! Was wir öfter erlebt haben, war, dass Schulträger, nachdem ihnen Mängel über Schulleitungen mitgeteilt worden waren, angeblich keine Kenntnis von diesen hatten. Wir sind das einzige Gremium, in dem auch die Schulträger sitzen, so dass wir der Sache direkt nachgehen können. Manchmal wird auch festgestellt, dass der eine Schulträger ein Problem optimal geklärt hat, nur bei dem anderen funktioniert es nicht. Wenn sie dann vor allen Leuten im Ausschuss Rede und Antwort stehen müssen, hat es dann oft doch noch geklappt.

Peter Zeichner: Einen Teilerfolg hatten wir nach der Coronapandemie. Es ging um Empfehlungen für den Umgang mit Long Covid. Die Hauptschwerbehindertenvertreterin und ich waren dann beim Regierungspräsidium in Gießen, wo die zentrale Aufsicht über die hessischen Versorgungsämter untergebracht ist, und haben dieses Papier vorgestellt. Am Ende haben wir natürlich nicht alles erreicht, was wir uns gewünscht hatten. Hier geht es insbesondere darum, dass die Rekonvaleszenzzeiten viel länger sind als bei anderen Erkrankungen. Bei Wiedereingliederungsmaßnahmen soll eigentlich die komplette Gesundung innerhalb von einem halben Jahr erfolgen. Bei Long Covid benötigen die Kolleginnen und Kollegen Unterstützung oder eine Reduzierung ihrer Pflichtstunden über einen viel längeren Zeitraum. Inzwischen machen die Amtsärztinnen und -ärzte verstärkt von ihrem Recht Gebrauch und geben Wiedereingliederungsempfehlungen von längerer Dauer.

HLZ: Wir haben noch nicht über die psychosozialen Belastungen gesprochen. Kann man da überhaupt mit den Instrumenten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes rankommen?

Peter Zeichner: Die Burnout-Thematik hat im Landesarbeits-schutzausschuss in der letzten Zeit keine Rolle gespielt. Der Medical Airport Service bietet vor allen Dingen Präventions- und Unterstützungsangebote zur Stärkung von Lehrkräften an, hin zu mehr „Resilienz“. Der MAS kann letztendlich nur das tun, wofür er vom Land bezahlt wird. Jetzt habe ich gerade in der Presseinformation zur Gründung des neuen Hessischen Kompetenzzentrums Gesunde Schule gelesen, dass es auch hier vor allem um Präventionsangebote gehen soll. Darüber hinaus gibt es allerdings auch ein psychologisches Krisenberatungsangebot.

Dorothee Schäfer: Die offenen Sprechstunden finde ich hierfür schon sehr sinnvoll. Davon bräuchte es wahrscheinlich noch mehr und sie müssten wahrscheinlich auch noch bekannter gemacht werden. Die Burnout-Thematik läuft bei uns eigentlich eher über die Schwerbehindertenvertretung.

Bernd Vogeler: Ich zucke immer zusammen, wenn ich das Wort Burnout höre. Wir haben ja mal einen Kultusminister gehabt, der gesagt hat: Es sind nur die ausgebrannt, die nie gebrannt haben. So kommt man natürlich nicht weiter. Bei dem neuen Kompetenzzentrum bin ich ein bisschen überrascht, dass es an die Universität Frankfurt angebunden ist. Es scheint völlig losgelöst von der betriebsärztlichen Arbeit des Medical Airport Service zu sein.

Peter Zeichner: Nach den Informationen, die wir im Hauptpersonalrat bekommen haben, ist das Kompetenzzentrum vernetzt mit dem Medical Airport Service, der Unfallkasse Hessen, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesfachberatung Schule und Gesundheit am HMKB, den Staatlichen Schulämtern mit dem Schulpsychologischen Dienst und der Koordinierungsstelle Psychische Gesundheit beim HMKB. Die Koordinierungsstelle hat aber vor allem die Förderung der psychischen Gesundheit für Schülerinnen und Schüler auf dem Plan. Wenn man sich allerdings die geplanten Arbeitsschwerpunkte für das Kompetenzzentrum anschaut, soll es sehr wohl um die Gesundheit der Beschäftigten gehen.

HLZ: Was wäre für gesündere Arbeitsbedingungen nötig? Was könnten die Arbeitsschutzausschüsse, der Landesarbeits-schutzausschuss und die GEW dafür tun?

Peter Zeichner: Ich würde mir eine noch bessere Vernetzung zwischen den Ebenen wünschen. Der Landesarbeits-schutzausschuss könnte noch mehr Themen aufgreifen, die vor Ort in Arbeitsschutzausschüssen auftauchen und von überregionalem Interesse sind. Gemeinsam können wir mehr Druck erzeugen, damit sich am Ende etwas bewegt.

Bernd Vogeler: Es gibt keinerlei Krankheitsdaten beim Ministerium. Wenn mir die Gesundheit meiner Beschäftigten am Herzen liegt, dann muss ich auch Daten haben über den Krankheits- und Gesundheitsstand.

Peter Engelhardt: Ich verstehe nicht, dass sich zum Beispiel die anonyme Abrechnung durch den Medical Airport Service immer noch so schwierig gestaltet. Das wurde uns längst zugesichert. Ein anderes Thema ist der Ganztags: Die Räumlichkeiten sind überhaupt nicht auf den Ganztags vorbereitet. Amerikanische Schulen wurden von Anfang an mit Klimaanlage geplant.

Dorothee Schäfer: Was es eigentlich bräuchte, wären Hitze-regularien, die auf die Schule zugeschnitten sind. Die bestehenden Richtlinien richten sich an Arbeitsstätten, Fabriken oder Büros. Eine Schule ist etwas anderes – je nachdem, ob man mit kleinen Kindern oder mit älteren zu tun hat.



Peter Zeichner



Bernd Vogeler

Prävention und Beratung

Hessisches Kompetenzzentrum Gesunde Schule gestartet

Roman George

Das Land Hessen hat mit dem Hessischen Kompetenzzentrum Gesunde Schule ein neues Angebot geschaffen, das zu einer besseren Gesundheit des pädagogischen Personals beitragen soll. Prof. Dr. med. David Groneberg beschrieb dessen Aufgaben anlässlich der Eröffnung Anfang März wie folgt: *„Das Kompetenzzentrum bietet gezielte Beratungsangebote, qualitätsgesicherte Fortbildungen, präventive Maßnahmen sowie Unterstützung bei der Integration gesundheitsförderlicher Strukturen in Schulen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der psychischen Gesundheit, die eng mit den Anforderungen des schulischen Alltags verbunden ist.“* Groneberg ist Direktor des Instituts für Arbeits-, Sozial und Umweltmedizin an der Goethe-Universität Frankfurt, an dem das Kompetenzzentrum angesiedelt ist.

Hohe Belastungen

Zweifelsohne besteht ein Bedarf für ein solches Angebot. Denn der Lehrberuf zeichnet sich zwar einerseits durch eine hohe berufliche Zufriedenheit aus, doch andererseits auch durch erhebliche Belastungen. So hat zum Beispiel das jüngste Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung aufgezeigt, dass die Zufriedenheit im Beruf insgesamt durchaus nicht gering ist: Über 80 Prozent der befragten Lehrkräfte äußerten sich voll oder eher zufrieden mit ihrer Arbeit. 70 Prozent würden den Beruf erneut wählen, 90 Prozent arbeiten gerne an ihrer Schule. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass eine relevante Zahl eher unzufrieden ist. Zudem schützt auch eine vorhandene berufliche Zufriedenheit nicht zwingend vor den negativen Folgen schlechter Arbeitsbedingungen. Daher ist es alarmierend, wenn sich dem Lehrkräftebarometer zufolge die Mehrheit regelmäßig emotional erschöpft von der Arbeit fühlt. Bei 10 Prozent war das täglich der Fall, bei 24 Prozent mehrmals in der Woche, bei 30 Prozent immerhin mehrmals im Monat. *„Die Identifikation der Risikoprofile zeigt klar, dass ein Teil der Lehrkräfte dringend Unterstützung benötigt. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Belastungsreduktion – etwa durch verbesserte Arbeitsbedingungen, Angebote zur Stressbewältigung und kollegiale Unterstützungssysteme – sollten insbesondere bei den hoch belasteten Gruppen ansetzen“,* lautet das Fazit. (1)

Aus gewerkschaftlicher Perspektive liegt es auf der Hand, dass das Problem nur gelöst werden kann, wenn es an der Wurzel gepackt wird, indem also belastende Arbeitsbedingungen verbessert werden. Diese Notwendigkeit wird angesichts der aktuell geplanten Einsparungen im hessischen Schulsystem umso größer. Dennoch sind die Entwicklung ei-

nes guten Beratungsangebots und die Verbesserung der Prävention gleichwohl sinnvoll. Auch wenn die psychosozialen Belastungen, die in einem engen Zusammenhang zur Ressourcenausstattung der Schulen stehen, besondere Aufmerksamkeit finden, können Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte darüber hinaus auch aufgrund körperlicher Beschwerden Beratungsbedarfe haben. Die Ankündigung eines „Instituts für Lehrkräftegesundheit“ im Koalitionsvertrag von CDU und SPD hatte die GEW daher begrüßt.

Was macht das Zentrum konkret?

Das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen nennt die folgenden Leistungen, die das Kompetenzzentrum erbringt:

- Die neue Internetseite gibt umfassende Informationen und bündelt alle wichtigen Kontaktdaten. (2)
- Lehrkräfte können online psychologische Beratungstermine buchen – am Telefon, über Video oder vor Ort. Die Beratung erfolgt durch qualifiziertes Personal mit Erfahrung im Bildungsbereich.
- Einmal in der Woche findet eine telefonische Sprechstunde ohne Voranmeldung statt.
- Schulen erhalten Unterstützung für die Gestaltung von Workshops oder pädagogischen Tagen rund um das Thema Lehrkräftegesundheit.

In Vorbereitung befände sich darüber hinaus ein mobiles Angebot in Form eines „Gesundheitsbusses“, der Schulen direkt zur Beratung vor Ort anfahren soll. Arbeitsmedizinische Aufgaben wie Untersuchungen, individuelle arbeitsmedizinische Beratung oder Gefährdungsbeurteilungen werden nach wie vor durch die Medical Airport Service GmbH wahrgenommen. Damit sind die Aufgaben des Hessischen Kompetenzzentrums Gesunde Schule deutlich enger gefasst als beim Institut für Lehrergesundheit an der Universität Mainz, das seit 2011 besteht und für schulisches Personal in Rheinland-Pfalz zuständig ist. Damit das Kompetenzzentrum zu einem Erfolg wird, bedarf es erstens einer angemessenen Ausstattung, zweitens der Koordination mit anderen Akteuren und drittens der Möglichkeit, unabhängig arbeitsmedizinische Empfehlungen auszusprechen.

(1) Robert Bosch Stiftung (2025): Deutsches Schulbarometer: Befragung Lehrkräfte. Ergebnisse zur aktuellen Lage an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Stuttgart, S. 71.

(2) www.uni-frankfurt.de/179854061/Hessisches_Kompetenzzentrum_Gesunde_Schule



gemeinnützige
bildungsgesellschaft
der GEW Hessen



Fortbildung Mai bis August 2026

Programmauszug

Gesellschaft und Politik

Antiziga... was? Diskriminierung von Sinti und Roma als Thema in Schule und Unterricht

Fortbildung GP1269 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Di, 2. Juni 2026, 14 bis 18 Uhr

Leitung: Katharina Rhein, Nathalie Schüler

Entgelt 25,- € | Mitglieder GEW entgeltfrei

Wo ist das Wir in Wirtschaft?

Eine Suche im Frankfurter Bankenviertel

Exkursion GP1271 | Frankfurt

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Mo, 8. Juni 2026, 16 bis 17:30 Uhr

Leitung: Tim Rieth, Tabea Müller

Entgelt 45,- € | Mitglieder GEW 25,- €

Antisemitismus im Alltag erkennen und handeln

Fortbildung GP1272 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Do, 11. Juni 2026, 14 bis 15:30 Uhr

Leitung: Ricarda Theiss

entgeltfrei

Stadtrundgang: Sport im Nationalsozialismus

Exkursion GP1273 | Frankfurt

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Mo, 15. Juni 2026, 14 bis 16 Uhr

Leitung: Matthias Thoma

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Einführung in die Anti-Bias-Arbeit

Fortbildung GP1275 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte

Do, 18. Juni 2026, 15 bis 17 Uhr

Leitung: Nikola Poitzmann

Entgelt 45,- € | Mitglieder GEW 25,- €

Nur niemals aufgeben! Die Geschichte einer jüdischen Familie:

Lesung für Schulklassen

Lesung GP1276 | Frankfurt

Zielgruppe: Schulklassen

Fr, 19. Juni 2026, 10 bis 12 Uhr

Leitung: Rodika Rosenbaum

Schulklassen 95,- €

Stadtrundgang: Sport im Nationalsozialismus

Exkursion GP1500 | Frankfurt

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Mo, 17. August 2026, 14 bis 16 Uhr

Leitung: Matthias Thoma

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Die Synagoge Friedberger Anlage in Frankfurt:

Hochbunker, Gedenkstätte und Ausstellungen im Unterricht

Fortbildung GP1501 | Frankfurt am Main

Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte

Di, 25. August 2026, 14 bis 17 Uhr

Leitung: Renata Berlin

Entgelt 10,- € | Mitglieder GEW 5,- €

Die Bildungsinitiative Ferhat Unvar:

Zur antirassistischen Arbeit im Schulalltag

Fortbildung GP1503 | Hanau

Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte

Di, 25. August 2026, 14 bis 17 Uhr

Leitung: Bildungsinitiative Ferhat Unvar

Entgelt 25,- € | Mitglieder GEW entgeltfrei

Beruf und Persönlichkeit

Resilienz stärken mit inneren Ressourcen und Qigong

Fortbildung BP1304 | Frankfurt

Zielgruppe: Lehrkräfte, Pädagog*innen, Erzieher*innen

Mo, 1. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Dirk Ortlinghaus

Entgelt 60,- € | Mitglieder GEW 44,- €

**Die Kraft der Empathie
(nach Marshall B. Rosenberg)**

Fortbildung

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

BP1305 | Online Mo, 1. Juni 2026,
15:30 bis 18 Uhr

BP1530 | Online Do, 20. August 2026,
15:30 bis 18 Uhr

Leitung: Anja Deistler

Entgelt 60,- € | Mitglieder GEW 44,- €

Klare Stimme – Klarer Kopf: Stimm- und Auftrittstraining

Fortbildung BP1277 | Frankfurt

Zielgruppe: Lehrkräfte, Pädagog*innen, Interessierte

Mo, 8. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Kathleen Fritz

Entgelt 94,- € | Mitglieder GEW 74,- €

**Elterngespräche: Zielgerichtet, effektiv und
Nerven schonend**

Fortbildung BP1306 | Kassel

Zielgruppe: Lehrkräfte, Erzieher*innen

Di, 9. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Uwe Riemer-Becker

Entgelt 94,- € | Mitglieder GEW 74,- €

Stimmig auftreten: Vocaltraining für Lehrkräfte

Fortbildung BP1302 | Darmstadt

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Mi, 10. Juni 2026, 14 bis 18 Uhr

Leitung: Nadja Soukup

Entgelt 60,- € | Mitglieder GEW 44,- €

**Sabbatjahr, Teilzeit, Beurlaubung:
Was muss ich beachten?**

Fortbildung BP1308 | Kassel

Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte

Do, 11. Juni 2026, 10 bis 16 Uhr

Leitung: Reinhard Besse

Entgelt 77,- € | Mitglieder GEW 25,- €

Lohnsteuererklärung 2025:

Grundlagen, Hinweise und Tipps

Fortbildung BP1307 | Online

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Do, 11. Juni 2026, 15 bis 17 Uhr

Leitung: Ralph-Dieter Lemke

Entgelt 25,- € | Mitglieder GEW entgeltfrei

**UBUS – Rechte und Pflichten für
sozialpädagogische Fachkräfte**

Fortbildung BP1279 | Frankfurt

Zielgruppe: UBUS-Kräfte, Interessierte

Mo, 15. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Annette Karsten, Julia Eckes

Entgelt 25,- € | Mitglieder GEW entgeltfrei

Stress und Burn-Out-Prävention in der Schule

Fortbildung BP1309 | Kassel

Zielgruppe: Lehrkräfte

Di, 16. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Uwe Riemer-Becker

Entgelt 94,- € | Mitglieder GEW 74,- €

**Sich den Rücken stärken für den (beruflichen) Alltag:
Kleine Rückenschule mit Tipps und Tricks für einen
entspannteren Alltag**

Fortbildung BP1310 | Marburg

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Mi, 17. Juni 2026, 10 bis 16 Uhr

Leitung: Monika Korell

Entgelt 77,- € | Mitglieder GEW 50,- €

**Endspurt: Pensionierung und Beamtenversorgung
Fortbildung**

Zielgruppe: Lehrkräfte (insb. ab 50 Jahre)

BP1284 | Fulda Mi, 17. Juni 2026,

10:30 bis 16:30 Uhr

BP1529 | Frankfurt Mi, 19. August 2026,

10:30 bis 17 Uhr

Leitung: Reinhard Besse

Entgelt 77,- € | Mitglieder GEW 25,- €

„Nicht mit mir...“ Rechte von Lehrkräften

Fortbildung BP1533 | Darmstadt

Zielgruppe: Lehrkräfte

Di, 25. August 2026, 14:30 bis 17 Uhr

Leitung: Tony C. Schwarz

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Burnout-Prävention und Yoga-Techniken für Lehrkräfte

Fortbildung BP1534 | Wiesbaden

Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte

Fr, 28. August 2026, 14:30 bis 17:30 Uhr

Leitung: Christine Kurylas

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Pädagogik und Erziehung

Kinder im Autismus-Spektrum

... wenn manches einfach anders ist und trotzdem gut

Fortbildung PE1334 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Mo, 15. Juni 2026, 14:30 bis 17:30 Uhr

Leitung: Daniela Heil

Entgelt 60,- € | Mitglieder GEW 44,- €

Kooperationsspiele im Unterricht:

Soziales Lernen aktiv fördern

Fortbildung PE1399 | Frankfurt

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Di, 16. Juni 2026, 14 bis 17 Uhr

Leitung: Judith Senger

Entgelt 60,- € | Mitglieder GEW 44,- €

Resilienz mit (hoch-)sensiblen Kindern trainieren:

Selbstwirksamkeit, Selbststeuerung,

Selbstwahrnehmung fördern

Fortbildung PE1298 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Fr, 19. Juni 2026, 9:30 bis 15:30 Uhr

Leitung: Daniela Heil

Entgelt 94,- € | Mitglieder GEW 74,- €

Deutungshoheiten multiperspektivisch hinterfragen

Fortbildung PE1671 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Mi, 19. August 2026, 16 bis 18 Uhr

Leitung: Sophia Farroukh

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Einführung in die Gewaltfreie Kommunikation

Fortbildung PE1568 | Kassel

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Mo, 31. August 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Anja Deistler

Entgelt 94,- € | Mitglieder GEW 74,- €

Zwischen den Stühlen:

Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Identitätsfindung unterstützen

Fortbildung PE1566 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Mo, 31. August 2026, 15 bis 18 Uhr

Leitung: Sophia Farroukh

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Schule und Unterricht

Filme drehen im Unterricht

Fortbildung SU1368 | Frankfurt

Zielgruppe: Lehrkräfte

Mi, 3. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Dr. Julian Namé

Entgelt 77,- € | Mitglieder GEW 50,- €

Kleinere Schreib- und Gestaltungsideen für zwischendurch im Lebensraum Schule

Fortbildung SU1367 | Marburg

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Mi, 3. Juni 2026, 14 bis 17 Uhr

Leitung: Monika Korell

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Philosophieren in der Schule

Fortbildung SU1369 | Online

Zielgruppe: Lehrkräfte, Interessierte

Di, 9. Juni 2026, 14:30 bis 17:30 Uhr

Leitung: Anke-Jeannette Raidt

Entgelt 55,- € | Mitglieder GEW 35,- €

Batik im Kunstunterricht

Fortbildung SU1409 | Seeheim-Jugenheim

Zielgruppe: Lehrkräfte (Kunst, Sek. I)

Mi, 10. Juni 2026, 10 bis 16 Uhr

Leitung: Brigitte Pello

Entgelt 94,- € | Mitglieder GEW 74,- €

Schulrecht – (k)ein Buch mit sieben Siegeln?

Fortbildung SU1372 | Frankfurt

Zielgruppe: Lehrkräfte, LiV, Schulleitung

Mi, 17. Juni 2026, 10 bis 18 Uhr

Leitung: Volker Igstadt

Entgelt 77,- € | Mitglieder GEW 50,- €

Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz

Fortbildung SU1672 | Marburg

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Interessierte

Di, 18. August 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Heiko Bolldorf

Entgelt 77,- € | Mitglieder GEW 50,- €

Mathematik lernen mit interaktiven Experimenten:

Einführung in das Mathematikum Gießen

Fortbildung SU1588 | Gießen

Zielgruppe: Lehrkräfte (Mathematik)

Di, 25. August 2026, 14 bis 18 Uhr

Leitung: Prof. Dr. Albrecht Beutelspacher

Entgelt 25,- € | Mitglieder GEW 15,- €

Maschinenscheine

Maschinenschein Holzbearbeitungsmaschinen

Lehrgang MS1528 | Petersberg

Zielgruppe: Lehrkräfte

Fr, 21. August 2026, 13 bis 19 Uhr und

Sa, 22. August 2026, 8:30 bis 16:30 Uhr

Leitung: Cornelia Backmund

Entgelt 280,- € | Mitglieder GEW 250,- €

Maschinenschein Intensivkurs

Lehrgang MS1641 | Hanau

Zielgruppe: Lehrkräfte, LiV

Mi, 26. August 2026, 8 bis 17 Uhr

Do, 27. August 2026, 16 bis 20 Uhr

Mi, 2. September 2026, 16 bis 20 Uhr und

Do, 3. September 2026, 16 bis 20 Uhr

Leitung: Frank Stahmer

Entgelt 280,- € | Mitglieder GEW 250,- €

Tarif und Recht

Aufbauschulung Kommunikation für Personalräte

PR-Schulung TR1388 | Darmstadt

Zielgruppe: Schulische Personalräte (auch GPRS/HPRS)

Di, 9. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Maria Späh

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

Datenschutz an Schulen: Vertiefungsseminar

PR-Schulung TR1393 | Frankfurt

Zielgruppe: Schulische Personalräte

und Datenschutzbeauftragte

Mi, 10. Juni 2026, 10 bis 16 Uhr

Leitung: Roland Schäfer

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

Grundschulung für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in Personalräten an Studienseminaren

PR-Schulung TR1440 | Frankfurt

Zielgruppe: LiV in Personalräten an Studienseminaren

Di, 23. Juni 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Luise Brunner, Heike Lühmann

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

PR-Schulung: Einstieg und Auffrischung

PR-Schulung

Zielgruppe: Mitglieder der schulischen Personalräte (auch GPRS/HPRS)

TR1619 | Darmstadt Mo, 17. August 2026,
10 bis 17 Uhr

Leitung: Tony C. Schwarz

TR1620 | Fulda Di, 18. August 2026,
10 bis 17 Uhr

TR1625 | Frankfurt Mo, 31. August 2026,
10 bis 17 Uhr

Leitung: Heike Lühmann

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

Rechtsfragen I A (Arbeitszeit):

Pflichtstunden, Deputate, Mehrarbeit und Stellenzuweisung

PR-Schulung TR1622 | Frankfurt

Zielgruppe: Schulische Personalräte (auch GPRS/HPRS)

Do, 20. August 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Heike Lühmann

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

Grundlagenschulung Kommunikation für Personalräte

PR-Schulung

Zielgruppe: Schulische Personalräte (auch GPRS/HPRS)

TR1626 | Frankfurt Di, 25. August 2026,
10 bis 17 Uhr

TR1621 | Darmstadt Do, 27. August 2026,
10 bis 17 Uhr

Leitung: Maria Späh

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

Beteiligungsrechte des Personalrats umsetzen

PR-Schulung TR1623 | Frankfurt

Zielgruppe: Schulische Personalräte (auch GPRS/HPRS)

Mi, 26. August 2026, 10:30 bis 16:30 Uhr

Leitung: Reinhard Besse

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

Rechtsfragen I B (Arbeitszeit):

Teilzeit, Dienstpflichten und Mehrarbeit

PR-Schulung TR1624 | Fulda

Zielgruppe: Schulische Personalräte (auch GPRS/HPRS)

Do, 27. August 2026, 10 bis 17 Uhr

Leitung: Heike Lühmann

Entgelt PR (zahlt Land Hessen) 225,- €

Bildungsurlaub und Reisen

Radtour im Land der Teiche

Studienreise UR1410 | Tschechische Republik

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Sa, 18. Juli 2026 bis Sa, 25. Juli 2026

Leitung: Jiri Franc, Dalibor Hiric

Entgelt (EZ) 995,- € | Entgelt (DZ) 895,- €

Radtour Šumava/Böhmerwald mit dem E-Bike:

Eine Tour nur für die E-Bike-Radler

Studienreise UR1411 | Tschechische Republik

Zielgruppe: Alle sind willkommen

Sa, 25. Juli 2026 bis Sa, 1. August 2026

Leitung: Jiri Franc, Dalibor Hiric

Entgelt (EZ) 930,- € | Entgelt (DZ) 700,- €

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl. Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter www.lea-bildung.de. Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2026. Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Kontakt

Tel. 069 971293-27

Fax 069 971293-97

Online-Buchung: www.lea-bildung.de

E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel Montag bis Donnerstag von 9 bis 17 Uhr und freitags von 9 bis 14 Uhr besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede*r Interessierte teilnehmen: Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig. Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Inhouse-Schulungen

Sie planen einen pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen an Ihre Schule/Bildungseinrichtung zu bringen oder Referent*innen zu vermitteln.

Rufen Sie uns einfach unter 069 971293-30 an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319 | StNr: 45 255 85423

Aufsichtsratsvorsitz: Thilo Hartmann und Simone Claar

Geschäftsführung: Dr. Felix Hauf

Top-Thema Bildung?

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen

Roman George

Am 15. März waren in Hessen 4,7 Millionen Wahlberechtigte dazu aufgerufen, über die zukünftige Zusammensetzung von Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindeparlamenten zu entscheiden. Rund 2,5 Millionen haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Damit ist die Beteiligung gegenüber den letzten Kommunalwahlen auf 54 Prozent angestiegen.

Der HR hat im Rahmen seines repräsentativen „Hessentrends“ im Februar auch nach kommunalen Themen gefragt. Die Mehrheit gab an, dass sie ihre Wahlentscheidung vor allem an den Aussagen der Parteien und an den Kandidierenden ausrichtet. Bei immerhin 39 Prozent bestand eine langfristige Bindung an eine Partei, die für die Entscheidung eine Rolle spielte. Als wichtigstes Thema vor Ort wurde mit 37 Prozent „Straßenbau/Verkehr/ÖPNV“ benannt. Es folgten „Bildung/Schule“ (17 Prozent) sowie „bezahlbarer Wohnraum“ (16 Prozent). Angesichts der Tatsache, dass nur ein Teil der bildungspolitischen Zuständigkeiten bei den Kommunen liegt, ist das ein bemerkenswert hoher Wert. Kein anderes Thema hat im Vergleich zur letzten Befragung so stark zugelegt.

Inwiefern tatsächlich eine ernsthafte Auseinandersetzung der Wahlberechtigten mit den Positionen der vor Ort antretenden Parteien und Wählervereinigungen zu diesen Themen stattgefunden hat, lässt sich nicht überprüfen. In den landesweit erzielten Ergebnissen vermischen sich kommunale Gesichtspunkte mit dem Landes- und dem Bundestrend. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass beim Landesergebnis nur die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte zusammengerechnet werden. In den kleineren Gemeinden sind viele Parteien jedoch überhaupt nicht angetre-

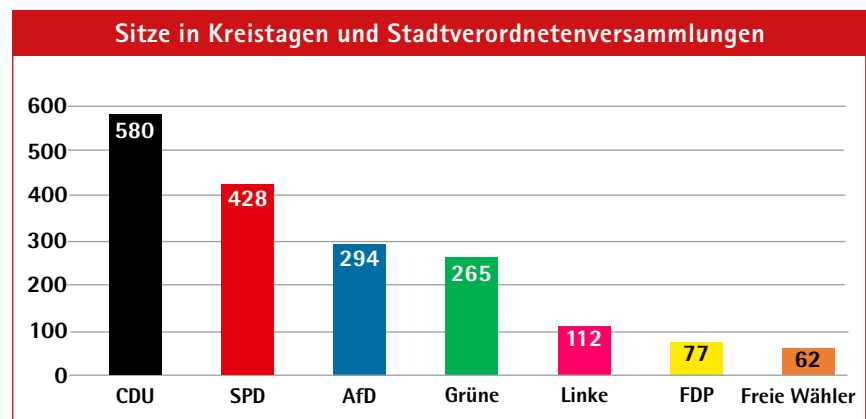
ten. Wählergemeinschaften spielen dort eine deutlich größere Rolle.

Die CDU hatte landesweit mit 29,8 Prozent klar die Nase vorn. Es folgten die SPD mit 20,8 Prozent, die AfD mit 14,8 Prozent, die Grünen mit 14,0 Prozent und die Linke mit 5,7 Prozent. Die FDP kam lediglich auf 3,9 Prozent, die Freien Wähler erreichten 2,9 Prozent. Die Bewertung dieses Ergebnisses fällt unterschiedlich aus, je nachdem, welchen Vergleich man heranzieht. Gemessen an den Kommunalwahlen 2021, die in einem gänzlich anderen gesellschaftspolitischen Klima stattgefunden haben, konnten die CDU und die Linke erkennbar zulegen, am deutlichsten allerdings die AfD mit einem Plus von 8 Prozentpunkten. Die ehemaligen Ampel-Parteien verloren hingegen allesamt, am stärksten die Grünen. Im Vergleich zu den Landtagswahlen 2023 sieht es anders aus: CDU, FDP und AfD erzielten ein schwächeres Ergebnis. Die SPD schnitt besser ab, die Grünen blieben stabil. Die Linke kann gestärkt auf den Wiedereinzug in den Landtag hoffen.

In der HLZ 12-2025/1-2026 haben sich drei kommunalpolitisch aktive GEW-Mitglieder vorgestellt. Zwei von ihnen standen nun zur Wahl, und beide haben ein Mandat erreicht. Daher gratu-

liert die HLZ Astrid Eibelshäuser (SPD) zur Wahl in die Gießener Stadtverordnetenversammlung und Sebastian Schackert (Die Linke) zur Wahl in den Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises. Astrid Eibelshäuser bilanzierte den Wahlkampf so: *„Wir bauen Bildung aus‘ war ein zentraler Slogan der Gießener SPD für die Kommunalwahl. Wir waren damit erfolgreich und haben dazugewonnen. Investitionen in Bildungsbauten, gute Bedingungen für Schulentwicklung, Qualität der ganztätig arbeitenden Schulen und die Stärkung multiprofessioneller Teams werden auch in den kommenden Jahren von uns mit Nachdruck verfolgt. Bildung bleibt Top-Thema der Gießener SPD und auch für mich persönlich.“*

Sebastian Schackert freute sich über den Einzug als Fraktion: *„Es war spannend bis zur letzten Minute. Unser Ziel war die Fraktionsstärke. Diese haben wir erreicht, nicht zuletzt wegen des Spitzenteams, welches sehr unterschiedliche Kompetenzen mitbringt. Ich möchte gerne Mitglied im Ausschuss Bildung, Kultur und Sport werden. Die Fraktion freut sich über das Vertrauen der Wähler:innen und startet am 1. April in die Arbeit. Fatal finden wir alle den hohen Stimmenanteil der AfD, der uns anspornt, gegen Rassismus und Hetze zu kämpfen!“*



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Tarifeinigung in Hessen

3 Prozent mehr zum 1. Juli 2026, insgesamt 5,8 Prozent

Rüdiger Bröhl

Morgens gegen vier Uhr war es soweit: Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich am 27. März in Seeheim-Jugenheim in der hessischen Tarifrunde 2026 geeinigt. Der Abschluss mit dem Land für die rund 58.000 Tarifbeschäftigten legt fest, dass die Tabellenentgelte in zwei Schritten um insgesamt 5,8 Prozent steigen. Zum 1. Juli 2026 erhalten die Beschäftigten 3,0 Prozent, mindestens 110 Euro im Monat mehr. Zum 1. Oktober 2027 steigen die Tabellenwerte um weitere 2,8 Prozent. Die Laufzeit endet am 29. Februar 2028.

Nach zähen und schwierigen Verhandlungen orientiert sich das Ergebnis an dem, was am 14. Februar 2026 für die Beschäftigten der anderen Bundesländer mit der TdL ausgehandelt worden war. Denn auch jenseits der hessischen Landesgrenzen steigen die Entgelte um 5,8 Prozent. Allerdings ist die Laufzeit mit 25 Monaten kürzer als die mit der TdL vereinbarten 27 Monate. Zum Vorteil der hessischen Beschäftigten ist auch, dass der erste Erhöhungsschritt ein wenig kräftiger ausfällt. Bei den fünf Nullmonaten zu Beginn der Laufzeit hat das Land Hessen jedoch auf einen Gleichklang bestanden.

Die Entgelte der Auszubildenden sowie der Praktikant:innen steigen zum 1. Juli 2026 um 80 Euro und zum 1. Oktober 2027 um 70 Euro.

Diskussionen & Aktionen

Auch wenn für die GEW Hessen die Tarif- und Besoldungsrunde 2026 mit einer Mitgliederbefragung bereits vor den Sommerferien 2025 begann, war die heiße Phase erneut recht kurz. Zwischen der ersten Verhandlungsrunde und der abschließenden dritten Runde lagen genau vier Wochen. Dabei setzte Innenminister Roman Poseck Ende

Februar in Wiesbaden bemerkenswerte Akzente: Der Konsolidierungsdruck sei größer als andernorts – was Hessen den Beschäftigten also zugestehe, müsse an anderen Stellen eingespart werden. Und: Das LandesTicket Hessen solle in irgendeiner Form bei der Einkommensentwicklung angerechnet werden.

Beide Punkte prägten dann auch die nachfolgenden Aktionen und Warnstreiks. Nicht nur bei den Solidaritätsdemonstrationen der Beamt:innen am 21. März wurde deutlich, dass der Kampf für bessere Einkommen und Arbeitsbedingungen mit dem Kampf gegen Kürzungen gerade auch im Bildungsbereich verbunden werden muss. Viele Beschäftigte machten darüber hinaus bei den Streikaktionen ihre Wertschätzung des LandesTickets deutlich. Beim hessenweiten Warnstreik kurz vor der Abschlussrunde versammelten sich am 24. März bei bester Stimmung rund 2.000 Kolleg:innen in Frankfurt und 800 in Kassel. Dem waren verschiedene regionale Streikaktionen vorausgegangen. Aus dem Organisationsbereich der GEW nahmen vor allem sozialpädagogische Fachkräfte, UBUS-Kräfte, einzelne Lehrkräfte und Hochschulbeschäftigte teil. Nicht zu vergessen die studentischen Beschäftigten, die für die Aufnahme in den TV-Hessen stritten.

LandesTicket Hessen

Eine gute Nachricht: Die innenministeriell eingeforderte Anrechnung des Tickets beim Entgelt konnten die Gewerkschaften abwehren. Die Regelung wird bis 31. Dezember 2028 verlängert. Das Ticket bleibt in der derzeitigen Form erhalten: Die Mitnahme von Personen in bestimmten Randzeiten ist weiterhin möglich. Die Nutzungsberechtigung wird ab dem 1. Januar

2027 aber ausschließlich in Form eines personalisierten digitalen Tickets über das Vertriebssystem der Verkehrsverbünde bereitgestellt (mobiles Endgerät oder Scheckkarte). Dies setzt die Registrierung im jeweiligen Vertriebssystem voraus.

Eingruppierung

Hinsichtlich der Eingruppierungsregelungen für Lehrkräfte und unterrichtsunterstützende Beschäftigte (Anlage A zum TV EGO-L-H) haben sich die Tarifvertragsparteien auf eine Evaluierung der Tätigkeitsmerkmale nach Abschluss der Redaktion zur Tarifrunde 2026 verständigt. Anschließend werden zeitnah Tarifgespräche über eine Anpassung der Entgeltordnung an die aktuelle Arbeitswelt aufgenommen. Diese Vereinbarung ist ein wichtiger Schritt für die GEW, denn die Anzahl der Tarifbeschäftigten in Schulen hat sich von 2020 bis 2024 um 50 Prozent erhöht. Daher stieg auch die Vielzahl der Qualifikationen der Seiteneinsteiger:innen. Sich dadurch ergebende Lücken im Eingruppierungsrecht müssen geschlossen werden. Vereinbarungen gab es auch zu den Eingruppierungsregelungen der anderen Beschäftigten (Anlage A zum TV-H). Unter anderem konnte hier die EG 13 für Beschäftigte der EG 12 geöffnet werden, wenn bestimmte Unterstellungsmerkmale erfüllt sind.

Berufserfahrung

Die unzureichenden Anerkennungs-möglichkeiten von Berufserfahrung bei Einstellung sind ein leidiges Thema, das uns seit der Ablösung des Bundesangestelltentarifvertrages durch TVöD, TV-L, TV-H und Co. begleitet. Hinsichtlich der sogenannten „Restzeiten“ wird es nun ab dem 1. August 2026 in Hessen einige Verbesserungen geben.

Aber Achtung: Hier handelt es sich vor allem um Kann-Regelungen. „Restzeiten“ sind Zeiten von Berufserfahrung, die über das für die Einstellung in eine bestimmte Stufe der Entgeltgruppe notwendige Maß hinausgehen. Ab August 2026 kann die Restzeit auf die Stufenlaufzeit der zugeordneten Stufe angerechnet werden, sodass der nächste Aufstieg früher möglich ist. Das gilt für einschlägige Berufserfahrung bei einem anderen Arbeitgeber (§ 16 Abs. 2 Satz 3 TV-H). Aber auch bei der Anerkennung von förderlichen Zeiten zur Deckung des Personalbedarfs nach § 16 Abs. 2 Satz 4 TV-H können Restzeiten angerechnet werden. Eine Restzeit aufgrund von einschlägiger Berufserfahrung beim selben Arbeitgeber muss berücksichtigt werden.

Eine weitere Verbesserung betrifft § 16 Abs. 2a TV-H. Danach kann die bei einem anderen Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes erworbene Stufe mitgenommen werden, wenn das neue Arbeitsverhältnis unmittelbar auf das alte folgt. Nach der ab 1. August 2026 geltenden Regelung gilt eine Unterbrechung von bis zu einem Monat dabei als unschädlich, sofern der alte Arbeitgeber den TV-H oder einen vergleichbaren Tarifvertrag anwendet und die Eingruppierung dieselbe ist. Auch in den Fällen des § 16 Abs. 2a TV-H können Restzeiten mitgenommen werden.

Studentische Beschäftigte

Enttäuschend verliefen die Verhandlungen für die studentischen Beschäftigten. Bei der Frage einer Aufnahme dieser rund 12.000 Beschäftigten in den TV-H haben Land und Hochschulen erneut hartnäckig gemauert. Dabei war bemerkenswert, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung völlig verweigert wurde. Ideologische Gründe verhinderten hier einen Schritt in Richtung Tariftreue. Das erinnerte durchaus ein wenig an die Jahre 2006 und 2007, als die Landesregierung befand, ein Tarifvertrag wie im restlichen öffentlichen Dienst sei für Hessen nicht erforderlich.

Die schuldrechtliche Vereinbarung für die studentischen Beschäftigten, die

2024 abgeschlossen wurde, konnte allerdings fortgeschrieben werden. Für studentische Beschäftigte steigen zum 1. Oktober 2026 (Wintersemester) die Mindestentgelte von derzeit 14,20 Euro auf 15,20 Euro pro Stunde. Zum Wintersemester 2027 steigen sie auf 15,90 Euro.

Befristungspraxis

Die Verhandlungen zu einer genaueren und konkreteren Ausgestaltung der 2024 getroffenen Vereinbarung, nach welcher bis 2030 im „Mittelbau“ der hessischen Hochschulen mindestens 1.850 Dauerstellen (Vollzeitaquivalente im Landesstellenbereich) vorhanden sein müssen, führten zu keinem Ergebnis. Land und Hochschulen bestanden letztlich darauf, die Festlegung von 2024 von 1.850 Dauerstellen im Jahr 2030 aufzuweichen. Die Inhalte des Tarifabschlusses von 2024 gelten daher weiter.

Sonstige Regelungen

Die 2021 eingeführte Regelung „Freizeit statt Geld“ (§ 6a TV-H) wird bis zum 31. Dezember 2028 verlängert. Beschäftigte können auf Antrag (der jeweils bis zum 1. September gestellt werden muss) bis zu fünf Tage Freizeitausgleich erhalten, wenn sie im Gegenzug eine geringere Jahressonderzahlung akzeptieren. § 6a gilt nicht für Lehrkräfte im Sinne des § 44 TV-H.

Die Erwartung der Gewerkschaftsseite, einen zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder einzuführen, lehnte die Verhandlungskommission des Innenministeriums ab: Ein solcher Gewerkschaftsbonus störe, so der Versuch einer Erklärung, das Betriebsklima. Auch die Erhöhung der Jahressonderzahlung wollte das Land nicht zum Thema machen. Bei diesem Punkt habe man sich bereits in der letzten Tarifrunde bewegt.

Beamt:innen

Das Land Hessen hat die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung der Regelungen zur Einkommensentwicklung auf die Beamt:innen sowie die Versorgungsempfänger:innen des Landes in der Tarifeinigung zugesagt – vorbehaltlich der Rechte des Parlaments. Ob diese Zusage tragfähig ist, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wird sich zeigen. Immerhin spricht auch das zuletzt ergangene Urteil zur amtsangemessenen Alimentation dafür, dass der Gesetzgeber die Tarifentwicklung nicht ignorieren kann.

Universitäten

An den tarifrechtlich unabhängigen Universitäten in Frankfurt und Darmstadt wird erst nach Drucklegung dieser HLZ abschließend verhandelt. Es ist davon auszugehen, dass sie eine Übernahme der meisten Regelungen anstreben.



2800 Beschäftigte haben sich am 24. März 2026 am landesweiten Warnstreik beteiligt. Dieses Bild ist auf der Kundgebung in Frankfurt entstanden, eine weitere fand in Kassel statt.

Wenn der Druck im Alltag ankommt

Elternperspektiven auf das hessische Kita-System

Marina Lagemann

Im Sommer 2024 führte das Institut für Kindheits- und Schulpädagogik der Justus-Liebig-Universität Gießen gemeinsam mit der ersten hessischen Kita-Landeselternvertretung eine hessenweite Befragung von Eltern mit Kindern im Kita-Alter durch. Mehr als 20.000 Familien beteiligten sich an der Online-Befragung. Ziel war es, Einblicke zu gewinnen, wie Familien die aktuelle Situation in der Kindertagesbetreuung erleben und wo sie Handlungsbedarfe sehen – vor dem Hintergrund eines Systems, das vielerorts zunehmend unter Druck steht. Hintergrund war unter anderem die Frage, wie Betreuungsbedarfe gedeckt werden können, ohne dass dies weiter zu Lasten der Qualität pädagogischer Arbeit und damit zu Lasten der Kinder geht.

Einen Repräsentativitätsanspruch erhebt die Studie nicht. Familien mit hohem Bildungsabschluss sind stark überrepräsentiert, mehrsprachige Familien dagegen stark unterrepräsentiert. Dennoch zeigt die große Zahl der Rückmeldungen deutlich: Die berichteten Erfahrungen sind keine Einzelfälle, sondern weisen auf strukturelle Probleme im Kita-System hin.

Betreuungsbedarfe häufig nicht gedeckt

Die Befunde zeigen, dass sich Versorgungsprobleme nicht ausschließlich auf fehlende Betreuungsplätze beziehen. In erheblichem Maße besteht auch ein Passungsproblem zwischen den verfügbaren Angeboten und den zeitlichen Bedarfen von Familien. Rund die Hälfte der Familien (50,2 Prozent), die bereits über einen Kita-Platz verfügen, würden einen höheren Betreuungsumfang in Anspruch nehmen, können diesen jedoch nicht realisieren – etwa aufgrund eingeschränkter Flexibilität bei

der Stundenbuchung oder nicht passender Randzeiten.

Deutlich wird auch, unter welchem Druck Familien stehen, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Über zwei Drittel (69,3 Prozent) geben an, ihre Erwerbstätigkeit nur deshalb im aktuellen Umfang ausüben zu können, weil sie flexible Arbeitszeiten oder Homeoffice nutzen können. Über die Hälfte (54,0 Prozent) ist regelmäßig auf Unterstützung durch Familie oder Bekannte angewiesen, um Betreuungslücken zu überbrücken. Knapp die Hälfte (47,9 Prozent) berichtet von Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, weil sie aufgrund außerplanmäßiger Schließungen nicht oder zu spät erscheinen. Deutlich werden auch Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Erwerbstätigkeit sowie auf die finanzielle Situation von Familien.

Bei elterlichen Einschätzungen zum Kita-Alltag handelt es sich um subjektive Wahrnehmungen, die sich nicht als direktes Maß für pädagogische Qualität verstehen. In vielen Punkten bestätigen sie jedoch genau das, was pädagogische Fachkräfte seit Jahren berichten: Die Rahmenbedingungen lassen es in vielen Einrichtungen immer häufiger nicht mehr zu, Kinder so zu begleiten, wie es ihren Bedürfnissen entspricht und wie es sowohl dem professionellen Anspruch der Fachkräfte als auch den Erwartungen der Eltern gerecht werden würde – und wie es für eine gesunde Entwicklung von Kindern notwendig wäre.

Nur für ein knappes Drittel der Kinder (29,5 Prozent) stimmen die Eltern voll zu, dass sich die Fachkräfte ausreichend Zeit für ihr Kind nehmen. Auch die hohe Personalfuktuation wird von vielen Eltern mit Sorge betrachtet. Nur für etwas mehr als die Hälfte der Kinder

(53,3 Prozent) stimmen Eltern voll zu, dass ihr Kind zu mindestens einer Fachkraft eine enge Beziehung hat. Für ein knappes Viertel der Kinder (22,5 Prozent) stimmen Eltern voll zu, dass ihr Kind in der Kita eine gute Bildung erhält.

Zu denken gibt auch die Einschätzung der Eltern, wie Kinder in ihren Augen den Tag in der Kita erleben. Für 26,2 Prozent der Kinder stimmen Eltern eher oder voll zu, dass ihr Kind den Kita-Alltag als überfordernd erlebt – etwa durch hohe Lautstärke oder die große Anzahl anderer Kinder. Für 21,1 Prozent stimmen Eltern eher oder voll zu, dass der Alltag als unterfordernd erlebt wird, etwa wenn Angebote nicht altersangemessen sind. Bei 10,1 Prozent der Kinder berichten Eltern sogar von einer gleichzeitigen Über- und Unterforderung. Unter den Dreijährigen sind es 61,4 Prozent, die den Kita-Alltag nach Einschätzung ihrer Eltern weder als über- noch als unterfordernd erleben. Unter den sechsjährigen Kindern trifft dies nur auf gut die Hälfte (51,5 Prozent) zu.

Schwerer Übergang am Morgen

Die Elternperspektive zeigt zudem, dass sich Folgen der unzureichenden Rahmenbedingungen auch dort niederschlagen, wo sie im Kita-Alltag selbst nicht unmittelbar sichtbar sind – etwa beim Übergang am Morgen. In Familien, in denen Eltern gar nicht zustimmen, dass Fachkräfte ausreichend Zeit für das Kind haben, müssen 42,4 Prozent der Kinder an den meisten Tagen oder sogar täglich zum Kita-Besuch überredet werden. Ein knappes Drittel (31,3 Prozent) geht unter diesen Bedingungen nur unter Protest in die Einrichtung.

Ganz anders dort, wo Eltern voll zustimmen, dass ausreichend Zeit vorhanden ist: Hier müssen nur 4,4 Prozent der Kinder meistens oder immer überredet werden, nur 2,4 Prozent gehen unter Protest in die Kita. Wo Kinder besonders viel Zeit und eine feinfühligere Begleitung bräuchten, steht diese Zeit also am wenigsten zur Verfügung. Auch für Eltern stellt dies eine emotionale Belastung dar. Wenn Eltern gar nicht zustimmen, dass ausreichend Zeit für das Kind vorhanden ist, geben nur 27,5 Prozent ihr Kind an den meisten Tagen oder täglich mit gutem Gefühl in der Kita ab. Wo Eltern überzeugt sind, dass ausreichend Zeit vorhanden ist, trifft dies auf 98,4 Prozent zu.

Zudem zeigt sich, dass ein Teil der Familien einen Wechsel der Einrichtung in Betracht ziehen würde, bestünde die Möglichkeit dazu: Für 22,8 Prozent der Kinder stimmen Eltern eher oder voll zu, ihr Kind lieber in einer anderen Einrichtung betreuen zu lassen. Nur bei etwas über der Hälfte der Kinder (53,8 Prozent) stimmen Eltern gar nicht zu, eine andere Einrichtung zu bevorzugen.

Ungelöste Konflikte

Die Befragung zeigt zudem, dass es regelmäßig zu Konflikten zwischen Familien und Einrichtungen kommt – und dass diese häufig ungelöst bleiben. Rund jede dritte Familie (29,7 Prozent) berichtet, dass es bereits einmal oder mehrfach zu Problemen kam, die nicht im direkten Austausch mit der Kita gelöst werden konnten. Die Themen reichen von Fragen der Betreuungszeiten über die Gestaltung des Kita-Alltags bis hin zu Grenzverletzungen gegenüber Kindern.

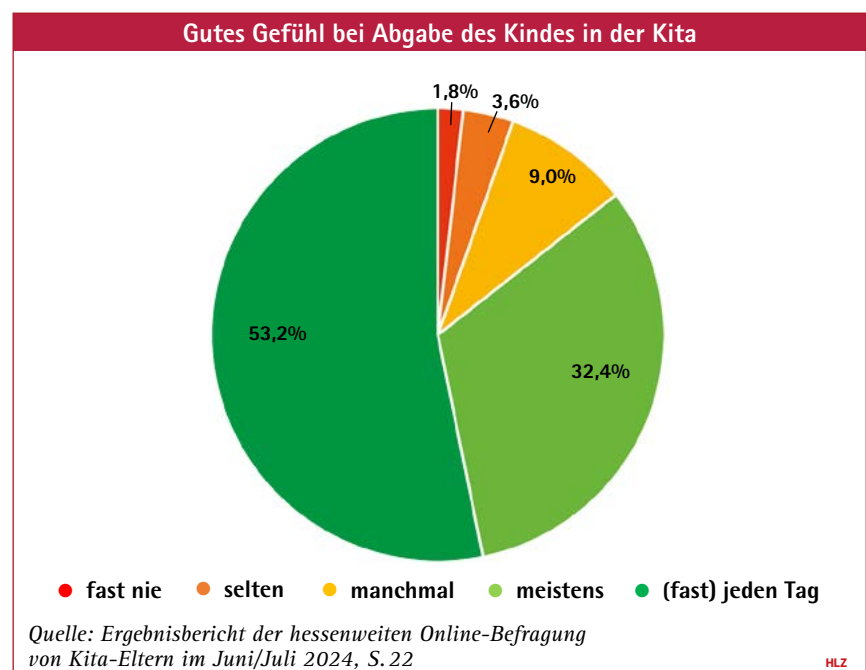
Viele Eltern wenden sich in solchen Fällen an bestehende Unterstützungsstrukturen, deren Wirksamkeit jedoch überwiegend kritisch eingeschätzt wird. So erlebten 80,2 Prozent der Eltern, die sich an den Träger gewandt hatten, diesen als eher oder gar nicht hilfreich. Bei kommunalen Fachdiensten liegt dieser Anteil bei 73,7 Prozent, bei Jugendämtern bei 64,5 Prozent und beim Landesjugendamt bei 79,1 Prozent.

Hinzu kommt ein sensibler Befund: Zwar werden sowohl Kita-Leitung als auch Fachkräfte von den meisten Familien grundsätzlich als ansprechbar und lösungsorientiert wahrgenommen. Gleichzeitig berichten viele Eltern, Probleme gar nicht erst anzusprechen, weil sie negative Konsequenzen befürchten. So stimmen Eltern von knapp einem Drittel der Kinder (30,1 Prozent) eher oder voll zu, nicht alle Anliegen, die sie beschäftigen, bei den Fachkräften anzusprechen – aus Sorge vor negativen Auswirkungen auf ihr Kind. Eltern von 12,9 Prozent der Kinder sprechen Probleme aus Angst vor einer Kündigung des Kita-Platzes nicht bei der Leitung an.

Unabhängig davon, ob es im Einzelfall einen konkreten Anlass für diese Sorgen gibt, müssen solche Ängste wahrgenommen und ernst genommen werden, damit Vertrauen wachsen und eine tragfähige Zusammenarbeit zwischen Familien und Kita-Teams entstehen kann. Insgesamt zeigen die vorliegenden Ergebnisse eindrücklich, wie sehr die pädagogische Arbeit unter den bestehenden Rahmenbedingungen unter Druck gerät – ausgerechnet dort, wo stabile Zusammenarbeit und Vertrauen für die sichere Begleitung und gesunde Entwicklung von Kindern besonders wichtig wären.

Ähnliche Muster zeigen sich auch in der Kindertagespflege. Frühkindliche Bildung lebt von Beziehungen. Beziehungen entstehen jedoch nicht von selbst. Sie brauchen Zeit, stabile Rahmenbedingungen und Vertrauen zwischen Eltern und Fachkräften. Fehlen diese Grundlagen, geraten sowohl der Alltag in den Einrichtungen als auch die Zusammenarbeit mit Eltern unter Druck – und damit das, worum es im Kern geht: das Wohl der Kinder. Weitere Aufschlüsse versprechen die Auswertungen von über 20.000 Berichten von Eltern, in denen sie konkrete Probleme im Kita-Alltag schildern und beschreiben, welche Veränderungen sie in den Einrichtungen sowie von politischer Seite für notwendig halten. Diese werden derzeit an der Justus-Liebig-Universität Gießen und am Institut für Beziehungs- und Veränderungscoaching im Kinderschutz ausgewertet.

Dr. Marina Lagemann war bis Ende 2025 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kindheits- und Schulpädagogik an der Justus-Liebig-Universität Gießen beschäftigt und ist Mitgründerin sowie Teil der Leitung des Instituts für Beziehungs- und Veränderungscoaching im Kinderschutz in Gießen. Der Ergebnisbericht der hessenweiten Online-Befragung von Kita-Eltern im Juni/Juli 2024 kann auf der Homepage der Justus-Liebig-Universität Gießen eingesehen werden: www.uni-giessen.de/kitaelternumfrage



Aktiv mit Wandel umgehen

Warum Future Skills in der Lehrkräftebildung kein Luxus sind

Susanne Nissen

In der Hochschullehre gewinnen sogenannte Future Skills zunehmend an Relevanz. Seit etwa 2016 steht dieses Thema verstärkt im Fokus von Forschung und Hochschulentwicklung. Ziel ist es, Studierende mit Kompetenzen wie beispielsweise kritischem Denken, digitaler Handlungsfähigkeit und Flexibilität auf komplexe Anforderungen der Arbeits- und Lebenswelt vorzubereiten sowie ihre gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entfaltung zu unterstützen. Der Diskurs befasst sich dabei sowohl mit theoretischen Grundlagen als auch mit Fragen der curricularen Umsetzung.

Häufig wird der Begriff Future Skills als Weiterentwicklung der bekannten Schlüsselkompetenzen verstanden, ergänzt um eine gesellschaftliche und zukunftsorientierte Perspektive. Während Schlüsselkompetenzen vor allem individuelle Fähigkeiten betonen, rücken Future Skills darüber hinaus die Fähigkeit in den Mittelpunkt, mit Wandel, Unsicherheit und Dynamik aktiv umgehen zu können. Es geht nicht darum, die Zukunft vorherzusagen, sondern Veränderung als permanente Realität anzuerkennen, Ungewissheit auszuhalten und dennoch handlungsfähig zu

bleiben – durch lebenslanges Lernen und kritische Selbstreflexion, allein und im Austausch mit anderen. Dafür müssen Ziele, Inhalte und Formen des Lehrens und Lernens weiterentwickelt und zugleich ausreichende Spielräume für Lehrende und Studierende geschaffen werden, um Lernprozesse eigenverantwortlich gestalten zu können.

Lehrkräftebildung

In der Debatte um die Professionalisierung von Lehrkräften rücken Future Skills zunehmend ins Zentrum. Sie bezeichnen überfachliche Kompetenzen, die Lehrkräfte befähigen, in einem von Digitalisierung, gesellschaftlicher Heterogenität und beschleunigtem Wandel geprägten Schulsystem handlungsfähig zu bleiben. Im Unterschied zu einer vorwiegend fachlich ausgerichteten Ausbildung steht der Erwerb reflexiver, kommunikativer und politisch-urteilender Kompetenzen, die über alle Schulformen hinweg bedeutsam sind, im Vordergrund.

Kommunikative Kompetenz umfasst in der Lehrkräftebildung mehr als das verständliche Darstellen von Fachinhalten.

Sie schließt adressatengerechte Sprache, aktives Zuhören, den konstruktiven Umgang mit Konflikten und eine empathische Haltung ein. Lehrkräfte müssen heterogene Lerngruppen wahrnehmen, unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen und Beziehungen bewusst gestalten können.

Empathie ist dabei nicht nur eine persönliche Eigenschaft, sondern eine professionelle Fähigkeit, die gezielt aufgebaut und reflektiert werden kann. Lehrveranstaltungen, Praxisphasen und Studienseminare bieten hierfür geeignete Formate, wie kollegiale Fallberatung, Unterrichtsbeobachtung, Videoanalyse und strukturierte Feedbackprozesse, die kommunikative und kooperative Kompetenzen stärken.

Reflexion gilt als Schlüsselkompetenz, die den Übergang von alltagsweltlichem zu professionalisiertem pädagogischen Handeln markiert. Im Kontext von Future Skills bedeutet Reflexionsfähigkeit, das eigene unterrichtliche und institutionelle Handeln systematisch zu analysieren, Entscheidungen zu begründen und weiterzuentwickeln. Dazu gehört, im Unterricht nicht nur situativ zu entscheiden, sondern diese Entscheidungen nachträglich im Hinblick auf die Wirkungen auf Lernende, fachliche Ziele und soziale Dynamiken zu bewerten. Reflexion sollte daher nicht als Zusatzaufgabe am Rand von Praxisphasen verstanden werden, sondern als kontinuierlicher Prozess, etwa durch Portfolioarbeit, begleitete Hospitationen und strukturierte Auswertungsgespräche.

Future Skills haben auch eine explizit politische Dimension. Lehrkräfte aller Schulformen begegnen Themen, die Fachgrenzen überschreiten: demokratische Beteiligung, soziale Ungleichheit, Rassismus, Geschlechterverhält-

Beispielhafte Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Future Skills

Maßnahme	Ziel	Anwendungsbereich
Portfolioarbeit	Reflexionskompetenz fördern	Alle Fächer, kontinuierlich
Strukturierte Hospitationen	Theorie-Praxis-Verknüpfung	Praxisphasen, Studienseminare
Projektorientierte Lernformate	Interdisziplinarität, politische Bildung	Bachelor-/ Mastermodule
Teamteaching	Kooperation, Kommunikationskomp.	Hochschule, Studienseminare, Schulen
Abgestimmte Kompetenzprofile	Kontinuität über Ausbildungsphasen	Hochschule - Schule

nisse, Digitalisierung oder ökologische Krisen. Politische Bildung meint hier weniger reines Wissen über politische Systeme als vielmehr eine Urteils kraft, die gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und Ungleichheitslagen erkennen, einordnen und thematisieren kann. Diese Kompetenz erfordert kritisches Analysevermögen, ethische Reflexion und handlungsorientierte Perspektiven. Sie lässt sich nicht auf einzelne Fächer oder Module begrenzen, sondern muss als Querschnittsaufgabe in den Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften verankert werden.

Implementierung

In Hessen werden Future Skills bereits an mehreren Hochschulen systematisch gefördert. An der Philipps-Universität Marburg stärkt der Studienbereich „MarSkills“ über transdisziplinäre, projektorientierte Lehrformate Kompetenzen wie den Umgang mit Unsicherheit, kritische Reflexion und verantwortungsvolle Anwendung von Wissen. Die Hochschule RheinMain verankert Future Skills über ein eigenes Framework im LehrLernZentrum und integriert überfachliche Kompetenzen wie Kommunikation, Problemlösen und digitale Souveränität in Fachlehre und Studiengangsentwicklung. Die Justus-Liebig-Universität Gießen unterstützt Lehrende durch hochschuldidaktische Workshops dabei, Future-Skills-Ansätze gezielt in Lehrveranstaltungen zu integrieren.

In Marburg sind diese Aktivitäten zudem eng mit der Lehrkräftebildung verbunden, unter anderem über Projekte des Zentrums für Lehrkräftebildung und das Angebot „Schule@Zukunft“, das Medien- und digitale Gestaltungskompetenz in den Fokus rückt. Zukunftsorientierte Lehrkräftebildung wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit kommunikative und empathische Fähigkeiten, Reflexionsvermögen sowie politische Urteils kraft systematisch mit fachlicher Expertise und didaktischem Können verbunden werden. Future Skills markieren daher kein Zusatzprogramm, sondern einen erweiterten Begriff professioneller Handlungskompetenz, der für alle

Future Skills nach Kategorien	
Kategorie	Future Skills
Grundlegende Zukunftskompetenzen	Kritisches Denken
	Kommunikationskompetenz
	Kooperationskompetenz
	Problemlösungskompetenz
	Lernkompetenz
	Ethische Kompetenz
	Selbstkompetenz
	Kreativität
Transformative Zukunftskompetenzen	Ambiguitätskompetenz
	Nachhaltigkeitskompetenz
	Systemkompetenz
	Innovationskompetenz
	Visionskompetenz
	Resilienz
Gemeinschaftsorientierte Zukunftskompetenzen	Dialogkompetenz
	Demokratiekompetenz
	Verantwortungsübernahme
	Beteiligungskompetenz
Digitale Zukunftskompetenzen	Diversitätskompetenz
	Informationskompetenz
	AI Literacy
	Digital Literacy
Technologische Zukunftskompetenzen	Medienkompetenz
	Data Literacy
	Data Science & Analytics
	Autonomous Systems & Robotics
	Cloud Development & Operations
	Cybersecurity
	AI Engineering
	Change Management & AI Leadership
Eigene Darstellung in Anlehnung an Stifterverband (2025): Future Skills 2030, S. 10, dort mit zusätzlicher Kurzbeschreibung	

Schulformen relevant ist. Gerade unter den aktuellen Bedingungen sind sie Voraussetzung dafür, dass Unterricht gut gelingen kann. Damit sind sie kein Luxus, sondern notwendiger Bestandteil professioneller Bildungspraxis.

Weiterführende Literatur

CHE Centrum für Hochschulentwicklung (2025): Future Skills in der Hochschullehre. Ergebnisse einer Befragung von Professorinnen und Professoren.

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) (2025): Future Skills in der Weiter-

bildung. Resultate aus Forschung und Entwicklung.

Ehlers, U. D. (2022): Future Skills im Vergleich. Zur Konstruktion eines allgemeinen Rahmenmodells für Zukunftskompetenzen in der akademischen Bildung.

Stifterverband (2025): Zukunftsweisende Lehrkräftebildung durch Future Skills. Arbeitspapier zu Perspektiven auf Begründung, Weiterentwicklung und Umsetzung.

TU Darmstadt (2024): Hochschullehre für die Zukunft mit Future Skills. Wir geben Tipps und zeigen Strategien, wie Sie Studierende und sich fit für die Zukunft machen.

Für fair childhood unterwegs

Eindrücke von einem viertägigen Besuch in Simbabwe

Marlis Tepe

„Als das Projekt begann, haben die Gewerkschaften uns alle ausgebildet – Lehrkräfte, Mitglieder des SDC (School Development Committee), Schulleiter und Gemeinderäte. Es war ein echter Augenöffner, sowohl für Pädagog:innen als auch für Gemeindemitglieder. Ohne Schulung würde ich, wenn sich ein 14-jähriges Kind an unserer Grundschule einschreiben möchte, zögern und sagen, es sei zu alt, um sich anzumelden. Nach der Schulung wurde mir klar, dass jedes Kind das Recht hat, in die Schule zu gehen, und dass wir alles tun müssen, um Kinderarbeit zu beenden.“

So schilderte uns die stellvertretende Schulleiterin der Goromokwa Grundschule im Distrikt Muzarabani im Simbabwe die Wirkung des von unserer Stiftung fair childhood initiierten Projekts. Ähnliche Beschreibungen hörte ich an allen sieben Schulen, die ich mit unserem Projektberater Samuel Grumiau Ende November letzten Jahres besucht habe. Schulleitungen, Eltern und Gemeinderäte sind von dem Konzept überzeugt. Es spricht viel dafür, dass die angebotenen Seminare über Menschen- und Kinderrechte, Musik und

Rollenspiel sowie Übungen im sozialen Dialog wirksam sind.

Der Distrikt Muzarabani ist die zweite Region in Simbabwe, in der fair childhood mit unseren beiden Schwesterorganisationen PTUZ (Progressive Teacher Union of Zimbabwe) und ZIMTA (Zimbabwe Teachers Association) 2021 ein Projekt zur Abschaffung der Kinderarbeit mit zunächst zehn Schulen begonnen hat. Seit 2023 sind 15 Schulen beteiligt, ab 2026 sollen weitere 15 Schulen einbezogen werden.

„Muzarabani ist die Region, die am stärksten von frühen Schwangerschaften und frühen Heiraten betroffen ist, weshalb wir uns entschieden haben, dort zu arbeiten“, erläuterte uns der auf Provinzebene zuständige Gewerkschaftskollege von PTUZ.

Präventionsangebote

Gleich an der ersten Schule lernten wir ein betroffenes 15-jähriges Mädchen kennen. Sie war mit zwölf Jahren von ihrem Stiefvater vergewaltigt und geschwängert worden. Als die Schwangerschaft sichtbar wurde, wurde sie nach Mosambik verkauft. Nach der Geburt ihres Kindes konnte sie dort weglaufen. An der Grenze wurde die Polizei informiert, der Stiefvater verhaftet und zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Mädchen konnte mit Baby zu ihrer Mutter zurückkehren und macht nun den Abschluss der Grundschule. Grundschulen umfassen in Simbabwe sieben Jahrgänge und zwei Vorklassen.

Die Goromokwa Grundschule wird aktuell von 350 Kindern besucht. 2023 konnten 32 Kinder aus der Kinderarbeit geholt werden. Auch 2025 kamen noch einmal 35 Kinder aus Kinderarbeit zurück an die Schule. Die Kollegin mein-

te, dass auch der veränderte Unterricht die Schule attraktiv mache – und das, obwohl die Schule weder über Wasser- noch Stromanschluss verfügt. In der Jee-Gay-Sekundarschule sahen wir Unterricht zur Prävention von Frühverheiratung und gegen sexuellen Missbrauch. Darüber hinaus wird an allen Schulen gegen Kinderarbeit, sexuellen Missbrauch, Frühverheiratung und Bullying plakatiert.

Damit die Kinder in der Schule nicht hungrig sind, haben alle Projektschulen eine Starthilfe für einkommensgenerierende Projekte erhalten. Sechs der sieben besuchten Schulen bauten Mais an und konnten so Mittagessen anbieten. Nur in einer Schule gab es an allen Wochentagen Essen. Wenn der Maisanbau nicht für alle Tage reicht, teilen die Schulen nicht mit, wann gekocht wird.

Solarlampen sind eine tolle Idee. Aus recycelten Dosen und Plastikflaschen werden Lampen mit USB-Anschluss hergestellt. Die Kinder können sie mit nach Hause nehmen und in der Schule am Solarpanel wieder aufladen. So haben sie etwas für die Umwelt gelernt, können eine Lampe bauen, Licht mit nach Hause bringen und so auch Hausaufgaben machen. Eine Anschubfinanzierung wird aus unseren Spenden geleistet. In den besuchten Schulen soll der Bau im neuen Jahr fortgesetzt werden.

Die Lehrkräfte wirkten immer „wie aus dem Ei gepellt“. Ich habe mich gefragt: „Wie machen sie das – ohne fließend Wasser?“ Sie waschen die Kleidung am Wochenende mit der Hand. Das ansprechende Äußere ist für sie ein Mittel, bei Kindern, Eltern und Gemeindevertreter:innen Respekt für sich zu erzielen, aber auch um Bildung aufzuwerten. Sie haben mir alle vermittelt, dass sie große Freude an ihrem Beruf haben. Aber die Bezahlung von 300 US-Dollar brutto

Marlis Tepe gehört dem Vorstand der GEW-Stiftung fair childhood: Bildung statt Kinderarbeit an. Die Stiftung will dem Verbot von Kinderarbeit Geltung verschaffen und das Recht aller Kinder auf Bildung verwirklichen. Sie fördert Projekte von Bildungsgewerkschaften in armen Ländern, die Kindern statt Arbeit den Schulbesuch ermöglichen. Spenden sind über die folgende Kontoverbindung möglich:

Empfänger:
Kinderfonds wg. fair childhood
IBAN: DE65 3702 0500 0009 8400 00

Im Verwendungszweck bitte Namen und Adresse vollständig angeben, damit bei Spenden über 300 Euro eine Quittung versendet werden kann.



macht es für manche von ihnen nötig, am Wochenende einer weiteren Erwerbsarbeit wie dem Goldschürfen nachzugehen.

Türen öffnen

Bei meinem Evaluationsbesuch wurde ich neben Sam von der Bildungsinternationale von sechs Männern und Frauen aus Simbabwe begleitet: Hillary (PTUZ) und Rugare (ZIMTA) von der nationalen Ebene, Fannuel (PTUZ) und Lewis (ZIMTA) als Provinzverant-

wortliche und Aaron und Shumirai als Verbindungsglieder der Schulverwaltung. Es war ein vertrauensvoller und kritischer Austausch, auch mit der regionalen Schulrätin und der Distriktregierung. Der erste Tag war Höflichkeitsbesuchen vorbehalten, die für Schulbesuche unabdingbar sind. An den drei Besuchstagen waren wir jeweils elf Stunden unterwegs. Sie waren angefüllt mit sehr vielen Eindrücken. Ich bin dankbar, dass uns die Türen so geöffnet wurden.

Zum Abschluss konnte ich unseren Projektverantwortlichen ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Simbabwe vermitteln. Er hat Interesse gezeigt, von ihnen Schulen auf dem Land gezeigt zu bekommen. So konnte auch ich ihnen eine Tür öffnen. Mein Fazit: Unser Konzept wirkt. Kinderarbeit geht zurück. Die Gewerkschaftskolleg:innen fühlen sich wirksam und werden von den Dorfgemeinschaften akzeptiert. Dennoch ist noch viel zu tun. Wir hoffen auf eure Spenden.



Musikunterricht an der Clear Morning Grundschule. Foto: Marlis Tepe



Prüfung in einer 7. Klasse. Pro Fach kostet die Teilnahme 11 US-Dollar. Foto: Marlis Tepe

Anna Siemsen (1882 – 1951)

Eine Frau, die uns heute wieder was zu sagen hat

Herbert Storn

Anna Siemsen war Lehrerin und promovierte Germanistin, sie war in der Schulverwaltung tätig und ab 1923 Honorarprofessorin in Jena. Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Entschiedener Schulreformer, einer progressiven Abspaltung des Philologenvereins in der Weimarer Republik. Zu dieser für eine Frau in der damaligen Zeit außergewöhnlichen Bildungskarriere kam ihre politische Tätigkeit, zunächst in der USPD, ab 1923 als Mitglied der SPD, von 1928 bis 1930 als Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Leipzig.

Im November 2024 erschien ein neuer kommentierender Band zu der Sozialistin und Bildungspolitikerin Anna



Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) würdigte Anna Siemsen 2015 als eine von 49 „Vordenkerinnen und Vordenkern der Sozialen Demokratie“. Dies wird mit ihrer Rolle „als wegweisende Pädagogin und Bildungspolitikerin der Weimarer Republik“ begründet. Weitere Informationen zur Biographie können unter www.fes.de/asd/vordenkerinnen nachgelesen werden. Bild: AdsD der FES

Siemsen. Im Mittelpunkt steht ein von ihr verfasster Text mit dem Titel: *„Mein Leben in Deutschland – vor und nach dem 30. Januar 1933“*. Er war veranlasst durch ein Preisausschreiben der Harvard University in Cambridge, USA, von 1939. Dessen Ziel war es, empirische Quellen für eine Studie über die Effekte des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft und Bevölkerung zu sammeln. Dieser Text einer Zeitzeugin aus dem linkssozialistischen Lager mutet, was die heutige Militarisierung und Feindbildpropaganda in den Medien, aber auch den Umgang mit ökonomisch-sozialen Widersprüchen angeht, sehr aktuell an und lohnt die Lektüre. Es kann eine umfassende Geschichtsanalyse selbstverständlich nicht ersetzen, bietet aber dafür aus nächster Nähe einen Blick auf die damalige Situation maximal zugespitzter Klassenkämpfe.

„Hitler war kein Zufall oder Unfall“

Siemsen erklärt ihre Motivation für diesen Text damit, verständlich zu machen, dass die Entwicklung, „die zum Dritten Reiche Adolf Hitlers führte, (...) kein Zufall, kein Unfall war, sondern nichts anderes als letzte Entwicklung von Tendenzen, die von Anbeginn in Hohenzollern-Preußen vorhanden waren und zur europäischen und Weltgefahr wurden durch ihre Verbindung mit den imperialistischen Tendenzen der spät und rasch sich entfaltenden vorwiegend westdeutschen Industrie.“

Ausgehend von ihrem Geburtsjahr 1882 beschreibt Siemsen die „öffentliche politische Erziehung“ als eine „Erziehung zur Hohenzollern-Verehrung und kriegesischem Nationalismus (...) keineswegs mit Inbrunst, sondern mit einer selbstverständlichen Gleichgültigkeit, wie man täglich frühstückt und Toilette macht.“

Also die schleichende Macht der Gewöhnung. Als „wesentliche Züge des späteren Nationalsozialismus“ nennt sie „die Überzeugung an der eigenen Mission zur Weltherrschaft, die Verächtlichmachung und Beschimpfung des Gegners, die Gleichsetzung des eigenen Volkes mit Gott, der nationale Erfolg mit dem Gericht der göttlichen Gerechtigkeit.“ In Bezug auf die Bedeutung der Schulen: „Dass auch nach dem Kriege [dem Ersten Weltkrieg, H.S.] die deutschen Schulen sich nicht in ihrem Wesen wandelten, macht den Nationalsozialismus unvermeidbar.“ Dafür machte sie den in die Schulen einziehenden „preussischen Drill“ und die „bedingungslose Unterordnung unter die vorgesetzten Behörden“ verantwortlich, nicht zuletzt auch in den Universitäten.

Das Scheitern der Novemberrevolution

Siemsen beschreibt, wie die über die Rheinbrücken zurückkehrenden demokratisierten Truppen des Ersten Weltkriegs „mit Triumphbögen aus Tannenreißern und weißen Rosen“ vom Bürgertum begrüßt wurden „mit der Inschrift: Die Heimat grüßt die unbesiegten Söhne – Euch hat kein Feind besiegt“. So sei schon sehr schnell die Doppel-Legende von dem Irrtum der Niederlage und vom Dolchstoß in den Rücken der Sieger verbreitet worden. Anna Siemsen betont deshalb: „Nicht der Friede von Versailles, sondern der Entschluss derjenigen, denen soeben die Macht entglitten war, hat diese beiden Legenden geschaffen, die später stets bereite Waffen waren und in den Händen der Nationalsozialisten eine unheimliche Macht erhielten. (...) Diese Revanche-Propaganda war keine Erfindung der Nazis. Sie war das Leitmotiv der kaum geborenen Republik, von den gestürzten Herrn der Kaiserzeit erfunden, aber von der Repub-

lik aufgenommen, variiert, als Erklärung aller Nöte verwandt, mit der doppelten Absicht es gegen den innern Gegner, die Arbeiterschaft, und nach außen zur Vorbereitung des Revanche-Krieges zu verwenden.“

Die infolge des chaotischen Kriegsendes und der Aufstände von Soldaten und Arbeitern entstandene neue Lage fasst Siemsen aus eigener Anschauung so zusammen: „Die Macht lag tatsächlich auf der Straße. Arbeiter und Soldaten hoben sie auf, da niemand anders da war. Aber sie wussten nicht, was sie damit anfangen sollten.“ Die Sozialdemokratie sei ihnen dabei nicht nur keine Hilfe gewesen, sondern habe bereits im März 1919, also ein Jahr vor dem Kapp-Putsch, das erste Freikorps gegen Arbeiter in Düsseldorf eingesetzt, wie Siemsen berichtet. Diese Freikorps bezeichnet sie als „Geschwür der schwarzen Militärverbände, das in der nationalsozialistischen Bewegung zur Krebskrankheit verwucherte, die Deutschland fraß und Europa bedroht.“ Ihre Nachfolgeorganisationen waren „die schwarze Reichswehr, Femeorganisationen, die Kerntruppen der SA und SS“.

Es ist bekannt, dass die SPD diese „Freikorps“ gegen Kritik von links einsetzte, vor allem verbunden mit dem Namen des Berliner Polizeichefs und „Genossen“ Noske. Siemsen, die auf der Seite der oppositionellen Sozialistinnen stand, sah durchaus, dass viele SPD-Genossen dieses Vorgehen unterstützten und einfach der Führung vertrauten: „Mit diesem Hintergrund von festem Vertrauen der Arbeitermehrheit konnten ihre Berliner Regierungsvertreter an die doppelte Arbeit gehen, die heute historisch schon klar gelegt ist: mit Hilfe der Generalität die Armee wieder aufbauen und die oppositionellen Sozialisten aus Macht und Verantwortung herauszudrängen.“

Die Rolle der Gewerkschaften

Siemsen berichtet sehr ausführlich und aus eigenen Erlebnissen über den Kapp-Putsch vom März 1920: „Der Verlauf des Putsches hatte dreierlei bewiesen:

die bösen Absichten der nach Rückgewinnung der Macht strebenden Gruppe der Junker und der oppositionellen Offiziere, die völlige Unzuverlässigkeit der Reichswehr, die sich neutral verhielt, und das Bürgertum, das mit den Putschisten fraternisierte, die Tatsache, dass allein die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft die Regierung zuverlässig unterstützte und dass ihre Kraft ausreichte, sie an der Macht zu halten.“ Wohlgedenkt: Es handelte sich bei den Regierenden um die Sozialdemokratie – mit den bürgerlichen Parteien allerdings in Koalitionen verstrickt „wie Gespanne, bei denen die Pferde auseinanderstreben“, so Siemsen. Damit sei die Rolle der Gewerkschaften aber auch schon wieder beendet gewesen. Sie sollten sich aus der Politik heraushalten.

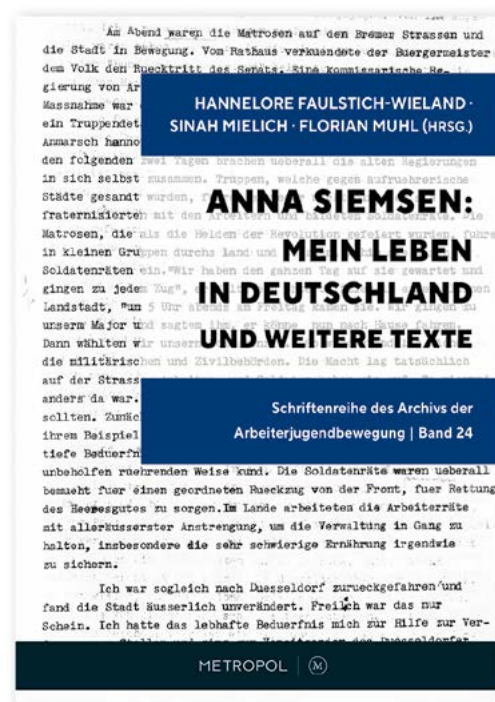
Nicht-Begreifen-Wollen

Für die weitere Restaurierung der alten Ordnung und damit der Vorbereitung von Hitlers Aufstieg macht Siemsen, die in der Unterrichtsverwaltung in Berlin, Düsseldorf und Thüringen tätig war, nicht zuletzt den „Sieg der Bürokratie“ verantwortlich, wie sie es nennt: „Als ich ins Unterrichtsministerium kam, fand ich ein Jahr nach dem Novemberzusammenbruch der Monarchie unter einem sozialistischen Minister die ganze Hierarchie der Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, Ministerialräte und Kanzleibeamten erhalten bis zum letzten Kanzleidiener. Ein halbes Dutzend Sozialisten, ein weiteres halbes Dutzend reformfreundlicher Fachleute fand sich an unerheblichen Stellen.“ Und: „In den Universitäten aber und in der Mehrzahl der höheren Schulen war wenige Jahre nach dem November die alte Ordnung fast wieder hergestellt.“ Hitler „konnte einfach die an der Bürokratie der Republik gereifte Ernte in die Scheune bringen. Diese ganze Wirksamkeit wäre unmöglich gewesen, wenn die Lehrerschaft ihr nicht respondiert hätte. Am stärksten war das der Fall mit den Lehrern der Universitäten und der höheren Schulen.“

Besonders eindrucksvoll wird Siemens Schilderung der Tage um den 30. Januar 1933, den sie in Thüringen und

dann in Berlin erlebte. Die „Illusion des Nicht-Begreifen-Wollens“, wie sie es nennt, die mangelnde Vorstellung vom Kommenden gibt sie in Form eines Gesprächs mit einem bekannten Redakteur wieder: „Ich: Sind Sie auch heute noch überzeugt, dass die SPD-Politik richtig war? Er: Heute mehr denn je. Ich: Und was werden Sie sagen, wenn Sie nun unter der Laterne stehen? Er: Ich werde sagen, dass ich es nur der SPD-Politik verdanke, dass ich nicht schon eher aufgehängt wurde. (...) Eine Vorstellung von dem, was zu tun sei, hatte niemand. Die wenigen, die Schlimmstes kommen sahen, retteten sich in resignierte Gefasstheit. Die anderen hofften auf irgendeine Möglichkeit unterzuducken, bis das Wetter vorüber sei. Einige Optimisten erwarteten einen schnellen Zusammenbruch, da strenge Herren nicht lange regieren könnten. Kampferwartete niemand. Und ich verließ Berlin mit dem Gefühl, dass ich's zum letzten Mal gesehen hätte.“

Tatsächlich hat sich Anna Siemsen ihr Überleben durch die Auswanderung in die Schweiz gesichert.



Hannelore Faulstich-Wieland/Sinah Mielich/Florian Muhl (Hrsg.): Anna Siemsen: Mein Leben in Deutschland und weitere Texte, 2024 erschienen im Metropol Verlag, 204 Seiten, 19,00 €.

Gute Besserung!

Gesundheitsschutz, Fehlzeiten und Wiedereingliederung in Schulen

von Annette Loycke

Ich habe eine Einladung zum „BEM-Gespräch“ erhalten. Werde ich jetzt „zwangspensioniert“?

Nein. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) ist im Sozialgesetzbuch (SGB) verankert und stammt somit aus dem Sozialrecht. Unter dem Stichwort „Prävention“ ist dort geregelt, wann und nach welchen Regularien ein solches Verfahren angeboten und durchgeführt wird (§ 167 SGB IX). Im „BEM-Gespräch“ soll geklärt werden, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden, mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeits- oder Dienstunfähigkeit vorgebeugt und die Arbeits- oder Dienstfähigkeit wiederhergestellt werden kann. Für Beschäftigte des Landes Hessen gibt es eine ergänzende Teilhaberichtlinie. In vielen Schulamtsbezirken bestehen Dienstvereinbarungen oder Handreichungen, die mit den Gesamtpersonalräten und der regionalen Schwerbehindertenvertretung erarbeitet wurden. Das BEM-Gespräch ist freiwillig, aber erkrankten Kolleg:innen ist zu empfehlen, das Gespräch wahrzunehmen und ggf. eine Person des Vertrauens und die Schwerbehindertenvertretung einzubeziehen.

Warum werde ich zum BEM-Gespräch eingeladen, obwohl ich noch gar keine sechs Wochen krankgeschrieben bin?

Voraussetzung für die Einleitung des BEM ist nicht eine Krankschreibung von mehr als sechs Wochen am Stück. Das Verfahren beginnt, wenn innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten Beschäftigte mehr als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig erkrankt waren.

Die Schulleitung sagt, ich hätte laut FLiS (siehe Kasten S.35) mehr als 42 krankheitsbedingte Fehltage und damit mehr als sechs Wochen gefehlt. Ist es richtig, dass die Wochenenden mitgezählt wurden?

Der FLiS-Erlass sieht das so vor. Auch nach den Arbeitsunfähigkeitsrichtlinien der gesetzlichen Krankenkassen werden arbeitsfreie Tage mitgezählt, wenn auch an diesen Tagen Arbeitsunfähigkeit bestand. Dass eine Krankschreibung oftmals dennoch nur „von Montag bis Freitag“ ausgestellt wird, ist unerheblich. Wenn die Krankheitstage aber überwiegend „Einzeltage“ sind, kann dies sicher mit der Schulleitung geklärt werden.

Wiedereingliederung und BEM: Ist das dasselbe?

Nicht ganz. Das BEM ist umfassender. Dabei werden Möglichkeiten besprochen, die Fehlzeiten zu reduzieren bzw. eine bestehende Arbeitsunfähigkeit zu überwinden. Die vorübergehende Reduzierung der Arbeitszeit ist nur eine der möglichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit. Für Lehrkräfte ist die „Dienst erleichtern zur Wiederherstellung der Gesundheit“ in § 11 der Pflichtstundenverordnung (PfStdVO) geregelt.

Meine Ärztin sagt, dass ich während einer Wiedereingliederung krankgeschrieben bin. Stimmt das?

Wie die Juristin gerne sagt: Es kommt darauf an! Beamt:innen benötigen nach der Rechtsprechung keine „Krankschreibung“. Dagegen brauchen Arbeitnehmer:innen auch während einer Wiedereingliederung eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AUB). Gleichzeitig geht der Antrag auf Genehmigung der Wiedereingliederung an die Krankenkasse oder die Rentenversicherung.

Wie lange geht eine Wiedereingliederung und welche Arbeitszeit habe ich?

Dies ist mit dem Arbeitgeber und den eigenen Ärzt:innen abzusprechen. Nach dem „Hamburger Modell“ soll die Arbeit nach längerer Krankheit mit niedriger Stundenzahl aufgenommen und schrittweise gesteigert werden, bis die volle Arbeitsfähigkeit im Umfang der individuellen Arbeitszeit erreicht ist.

Eine solche Wiedereingliederung kann in der Regel nicht länger als sechs Monate dauern. Krankenkassen und Rentenversicherungen genehmigen die Wiedereingliederungen aber wohl oftmals nur für einen kürzeren Zeitraum. Dass in den Fällen von Long- oder

Neue Richtlinie zum Lebensarbeitszeitkonto lässt auf sich warten

Die seit 2018 geltenden Richtlinien über das Lebensarbeitszeitkonto bei Lehrkräften und sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind am 31.12.2025 außer Kraft getreten. In der HLZ 2/2026 haben wir – auf der Grundlage des damals vorliegenden Entwurfs einer neuen Richtlinie – ausführlich über die zumeist unveränderten Vorschriften zum Lebensarbeitszeitkonto (LAK) berichtet. Tatsächlich wurde die neue Richtlinie bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der HLZ noch nicht in Kraft gesetzt.

Unter anderem auf Drängen des Hauptpersonalrats Schule (HPRS) soll die Mindestansparzeit für eine vorzeitige Rückgabe des LAK für die Betreuung von Kindern oder die Pflege naher Angehöriger jetzt auf ein Jahr verkürzt werden. Außerdem kann das LAK zur Verlängerung von Beurlaubungen oder Elternzeit bis zum Schulhalbjahr oder Schuljahresende genutzt und mit diesen kombiniert werden. Die Veröffentlichung der neuen Richtlinie erfolgt im Amtsblatt des HMKB und unter: www.rv.hessenrecht.hessen.de > Suche: Lebensarbeitszeitkonto

Post-Covid eine längere Wiedereingliederung erforderlich ist, ist mittlerweile aber unbestritten (siehe diese HLZ, S. 16f.).

Beamt:innen stellen den Antrag beim „Dienstherrn“, Lehrkräfte also über die Schulleitung beim Staatlichen Schulamt. In einem Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom 13.8.2018 ist geregelt, wann das Schulamt eine Dienst erleichterung nach § 11 PflStDV ohne eine Untersuchung durch das Versorgungsamt gewähren kann. Dies geht nur bei Erstanträgen und mit einem fachärztlichen Attest, „aus dem die Erforderlichkeit einer Dienst erleichterung und deren Umfang und Dauer hervorgehen“. Außerdem muss die Dauer der empfohlenen Dienst erleichterung auf höchstens sechs Monate begrenzt sein und die Lehrkraft noch „mindestens die Hälfte der bisherigen individuellen Pflichtstundenzahl“ leisten können. Ein Antrag auf Stundenreduzierung zur Wiederherstellung der vollen Dienstfähigkeit kann auch gestellt werden, wenn man nicht vorher bereits mindestens sechs Wochen krank war.

Und wenn die Wiedereingliederung scheitert?

Nach Beamtenrecht kann es zu einer Überprüfung der Dienstfähigkeit kommen. Dies ist auch immer dann möglich, wenn innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten mindestens drei Monate krankheitsbedingt kein Dienst geleistet wurde (§ 26 Beamtenstatusgesetz - BeamStG). Wenn die Überprüfung ergibt, dass voraussichtlich auch in den nächsten sechs Monaten der Dienst nicht wieder angetreten werden kann, kann die „Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit“ erfolgen. Wenn man aber mindestens noch mit einer halben Stelle arbeiten kann, kann auch eine „begrenzte Dienstfähigkeit“ festgestellt werden (§ 27 BeamStG).

Nach einer Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit besteht zehn Jahre lang ein Anspruch auf Nachuntersuchung. Wird die ganze oder teilweise Dienstfähigkeit festgestellt, erfolgt die Wiederaufnahme in den aktiven Dienst, soweit dringende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen (§ 29 BeamStG, § 38 Hessisches Beamtengesetz - HBG).

Der Dienstherr kann eine Nachuntersuchung bis zum Erreichen des regulären Pensionsalters beauftragen.

Bei Arbeitnehmer:innen kann eine ärztliche oder amtsärztliche Untersuchung angeordnet werden, wenn Zweifel an der Arbeitsfähigkeit bestehen. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes steht dies im Tarifvertrag (§ 3 TV-H). Ansonsten finden sich entsprechende Regelungen u. a. in Arbeits- oder Betriebsvereinbarungen oder in den Richtlinien für Arbeitsverträge (AVR). Zusätzlich ist es möglich, dass die Krankenkasse oder die Arbeitsagentur dazu auffordert, einen Antrag auf Erwerbsminderungsrente zu stellen. Die Rentenversicherung prüft dann, ob Anspruch auf eine Rente wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung besteht. Wenn „nur“ eine teilweise Erwerbsminderung vorliegt, kann das Arbeitsverhältnis in Teilzeit fortgesetzt werden.

Nach Anerkennung einer Schwerbehinderung mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 wird die Arbeitszeit reduziert, bei Lehrkräften nach § 10 PflStDV. Es können auch sogenannte Nachteilsausgleiche in Anspruch genommen werden. Weitere Infos gibt es bei der Schwerbehindertenvertretung, den Betriebs- und Personalräten, den Integrationsämtern und in den Infos der GEW (www.gew-hessen.de > Mitgliederbereich).

Brauche ich auch für die Ferien eine Krankschreibung?

Auch hier gibt es unterschiedliche Regelungen. Für beamtete Lehrkräfte gibt es keine ausdrückliche Regelung dazu. Solange dies so ist, besteht auch keine Verpflichtung, für Tage, für die keine konkrete Dienstpflicht besteht, eine Krankmeldung vorzulegen. Tarifbeschäftigte Lehrkräfte müssen auch in den Ferien eine Arbeitsunfähigkeit „unverzüglich anzeigen“ (§ 44 Nr. 3 Abs. 1 TV-H). Die AUB oder das Attest ist – wie sonst auch – ab dem vierten Tag der Erkrankung vorzulegen. Nach derselben Vorschrift des TV-H muss die Lehrkraft das Ende der Arbeitsunfähigkeit erst nach dem Ende der Ferien anzeigen, wenn sie wieder arbeiten kann. Wir empfehlen aber, nicht so

lange zu warten, sondern auch bei einer Arbeitsunfähigkeit in den Ferien die Schule über das Ende der Krankschreibung zu informieren. Denn ansonsten besteht die Gefahr, dass das Land Hessen kein Entgelt und die Krankenkasse kein Krankengeld zahlt. Die jeweiligen Richtlinien für sozialpädagogische Mitarbeiter:innen sehen ausdrücklich vor, dass sie auch während der Ferien den Beginn und das Ende der Arbeitsunfähigkeit anzeigen müssen.

Muss es nicht auch an Schulen einen Betriebsarzt oder eine Betriebsärztin geben? Und wer ist eigentlich für den Arbeitsschutz zuständig?

Dienstherr und Arbeitgeber, an den Schulen die Schulleiterinnen und Schulleiter, sind zur Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes verpflichtet. Alle Beschäftigten haben Anspruch auf eine arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung (§ 11 ArbSchG). Der Medical Airport Service (MAS) ist der betriebsärztliche Dienst für alle Beschäftigten des Landes Hessen. Infos über individuelle Beratungen und Fortbildungsangebote des MAS gibt es hier: www.mas-gesundheit-hessen.de/oeffentliche-schulen/angebote

- Informationen über das neue „Hessische Kompetenzzentrum Gesunde Schule“ an der Goethe-Universität Frankfurt findet man in dieser HLZ auf S.18 und unter dem folgenden Kurzlink: <https://tinyurl.com/54kswdcd>
- Informationen zum „Netzwerk Schule und Gesundheit“ am HMKB gibt es unter: <https://kultus.hessen.de/unterricht/schule-gesundheit>

FLiS: Kind-krank-Tage

Rund um das digitale Erfassungstool „Fehlzeiten Lehrkräfte in Schule“ (FLiS) gibt es immer wieder Probleme. Unter anderem entspricht die Registrierung der „Kind-krank-Tage“ noch nicht der neuen Rechtslage, da die Eintragung eines Attests ab dem ersten Tag verlangt wird. Wie berichtet müssen Beamt:innen wie bei der eigenen Krankmeldung erst ab dem vierten Tag ein Attest vorlegen. Eine FAQ-Liste zu Fragen und Problemen bei FLiS findet man auf der Seite der Hessischen Führungsakademie: <https://tinyurl.com/3neb9kbs>

Wir gratulieren im *Mai*...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Flick, Wiesbaden
 Susanne Gottschling, Limburg
 Regina Hohl, München
 Hans-Jürgen Meinderink, Wiesbaden
 Joachim Müller, Kassel
 Karin Plutz, Korbach
 Roland Rabin, Darmstadt
 Sabine Spee, Egelsbach
 Prof. Dr. Andreas Treichler, Marburg
 Gabriele Troll, Brechen

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Fritz Achberger, Nieste
 Hans-Joachim Barth, Wiesbaden
 Harriet Beier, Bad Camberg
 Barbara Bernzen, Bad Bevensen
 Friderun von Dechend, Waldems
 Wilma Flume, Kassel
 Uwe Franke, Darmstadt
 Folkhart Funk, Frankfurt
 Inge Güntsche, Hanau
 Willi Hartung, Limburg
 Hannelore Hölscher, Kirchbrak
 Irmgard Jaedicke, Groß-Bieberau
 Barbara Kursch-Metz, Wabern
 Bettina Lorenz, Wartenberg
 Dr. Reinhold Lütgemeier-Davin,
 Kassel
 Ute Meissner-Ohl, Darmstadt
 Prof. Dr. Klaus Moegling,
 Immenhausen
 Joachim Paech, Nidderau
 Thomas Protz, Frankfurt
 Horst Reuschenbach, Frankfurt
 Reinhard Rother, Büttelborn
 Dagmar Schimmelpfeng, Fernwald

Nadja Stanko-Albrecht, Offenbach
 Barbara Stoklas, Lautertal
 Hiltrud Tempka-Kubbig,
 Wiesbaden
 Dieter Wagner, Allendorf
 Hans-Peter Wahrig, Wiesbaden
 Günter Wohland, Dieburg
 Dr. Erika Zabanoff, Kassel

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Benecken, Frankfurt
 Dr. Michael Brestowsky, Gersfeld
 Ute Ernst-Hummel, Nauheim
 Wilfried Ernst, Nauheim
 Ute Fasold, Reinheim
 Dr. Petra Gabel, Oberursel
 Günter Giesenfeld, Marburg
 Ulrich Kress, Hofheim
 Peter Kühn, Flemlingen
 Walter Aloysius Meyer, Biebertal
 Ursula Nord, Frankfurt
 Barbara Ronte-Rasch, Frankfurt
 Ernst-Ulrich Sonnenschein,
 Hünstetten
 Dr. Heide Wunder, Bad Nauheim

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Karl-Michael Beltz, Gießen
 Georg Fülberth, Marburg
 Ferdinand Kosch, Lautertal

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Helga Manneck, Darmstadt
 Hartmut Schrewe, Marburg

... zur 70-jährigen Mitgliedschaft:

Joachim Bierbaum, Buseck

GEW Offenbach Stadt: Neuer Vorstand gewählt

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung standen Vorträge von Prof. Michael Klundt (Hochschule Magdeburg-Stendal) über Kinderarmut in Deutschland und von Dr. John Dayo (Facharzt für Rehabilitative Medizin und Arbeitsmedizin) über Lehrergesundheit in Offenbach. Bei der Neuwahl des Kreisvorstands wurden Janis Heger, Dennys Jochum, Michael Köditz und Susanne Völpel als Vorsitzendenteam gewählt. Kreisrechnerin ist wie bisher Hildegard Feuchter, ihr Stellvertreter Karl Schywalsky. Die Mitgliederversammlung verabschiedete eine Resolution gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und forderte den DGB Offenbach auf, eine Beratungsstelle zur Information über die Wehrpflicht und zur Unterstützung junger Menschen bei der Antragstellung zur Dienstverweigerung einzurichten (im Wortlaut unter: <https://gew-offenbach.de>).

Delegiertenversammlung im GEW-Bezirksverband Südhessen

Die 2023 überarbeitete Satzung der GEW Hessen sieht vor, dass sich Kreisverbände „in Bezirksverbänden organisieren“ können. Von den 17 Kreisverbänden im Bereich des Regierungspräsidiums Darmstadt sind zehn seitdem im Bezirksverband Südhessen organisiert, sieben gehören keinem Bezirksverband an. Am 2.2.2026 wurde Manon Tuckfeld als Bezirksvorsitzende bestätigt. Weitere Mitglieder des Bezirksvorstands sind Barbara Ludwig (Schriftführerin), Katja Giesler (Öffentlichkeitsarbeit), Peter Eickelmann (Rechnungsführung) sowie Michael Köditz, Susanne Völpel und Daniel Gnida (Rechtsberatung). Verabschiedet wurden der bisherige stellvertretende Vorsitzende Tony C. Schwarz und der langjährige Geschäftsführer Klaus Armbruster. Außerdem beschlossen die Delegierten einen Antrag „Gegen Aufrüstung und Krieg“ und berieten über die vom Staatlichen Schulamt Wiesbaden/Rheingau-Taunus angestrebte Amtsenthebung von Manon Tuckfeld als Vorsitzende des dortigen Gesamtpersonalrats. Weitere Informationen: www.gew-suedhessen.de

LesePeter im Mai 2026



Im Mai 2026 erhält das Kinderbuch „Starfish“ von Lisa Fipps den LesePeter der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM). Die elfjährige Ellie erzählt von Bodyshaming und Mobbing aufgrund ihres Gewichts und von unzähligen Diäten, zu denen ihre Mutter sie zwingt, aber auch von Akzeptanz, Solidarität und Freundschaft. Insbesondere ihre Psychologin und ihre beste Freundin helfen ihr, sich ihren mobbenden Mitschüler:innen, ihren Geschwistern und ihrer Mutter entgegenzustellen. Eine ausführliche Rezension mit pädagogischen Hinweisen und viele andere Lesehinweise findet man unter: www.ajum.de

Lisa Fipps, Starfish. Übersetzung: Meritxell Janina Piel.
 Hanser, München 2026. 272 Seiten, 17 Euro

GEW Fulda und Hünfeld: Vor der Wahl

In mehreren Kreisverbänden der GEW fanden im Vorfeld der Kommunalwahlen am 15. März Veranstaltungen mit örtlichen und überregionalen Kandidatinnen und Kandidaten statt. Auf Einladung der GEW-Kreisverbände Fulda und Hünfeld kamen der bildungspolitische Sprecher der Grünen Daniel May, der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Hering und Robin Burkard, Spitzenkandidat der Linken für die Stadtverordnetenversammlung in Fulda, am 10. März 2026 ins Hotel Jägerhaus. Tanja Hartdegen (SPD) musste kurzfristig absagen. Thema waren die aktuellen Kürzungspläne von Schulen über Hochschulen bis hin zur Sozialen Arbeit.



Mehrsprachigkeit im Blick!

Mit dem Kartenset „Out of the Box“ fördert der Verband binationaler Familien und Partnerschaften neue Denkweisen über Mehrsprachigkeit und Sprachkompetenzen in einer Welt, in der diese mehr denn je gebraucht werden. Der Verband unterstützt pädagogische Fachkräfte in der Ganztagsbetreuung und Lehrkräfte im Grundschulbereich, sich praxisnah und flexibel mit Mehrsprachigkeit und Vielfalt auseinanderzusetzen. Die Karten ermutigen dazu, „Out of the Box“ zu denken, sich mit zentralen Konzepten und Begriffen zum Thema vertraut zu machen und eigene (mehrsprachige) Erfahrungen zu reflektieren. Das Kartenset entstand aus dem Projekt VISUL „Vielfalt Sehen und Lehren“. Das Kartenset kann in Verbindung mit einem Einführungsworkshop angefragt werden und ist für alle Einrichtungen mit Ganztagesbetreuungsangeboten in Frankfurt kostenfrei.

- www.verband-binationaler.de/projekte/vielfalt-sehen-und-lehren

Trauer um Werner Scholz

Werner Scholz, ein Urgestein der GEW, ist am 20. März 2026 im Alter von 89 Jahren gestorben. Werner Scholz war in der GEW immer sichtbar, egal in welcher Position – ob als Schulamtsleiter in Offenbach und Darmstadt oder auch auf der Ebene des Ministeriums. Er war ein Garant dafür, dass GEW-Mitglieder – in welcher Position auch immer – zusammengehören und gemeinsam GEW-Forderungen vertreten können.

Werner Scholz leitete lange Jahre die Fachgruppe Schulaufsicht, Schulpsychologie und Schulentwicklung und war auch Mitglied der Bundesfachgruppe. Seine Meinung in unserer Fachgruppe war uns als Kolleginnen und Kollegen immer wichtig. Dies

galt auch für seine Mitgliedschaft und seine Tätigkeit als Gewerkschaftsbeauftragter im Hauptpersonalrat Verwaltung beim Kultusministerium. Aus Seminaren bei lea zu den Themen Schulrecht und Schulentwicklung bleibt er auch vielen jüngeren Kolleginnen und Kollegen in Erinnerung.

Wir werden Werner Scholz immer in einem ehrenvollen Gedenken behalten.

GEW Hessen

Fachgruppe Schulaufsicht, Schulpsychologie und Schulentwicklung



In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserer langjährigen GEW-Kollegin

Dr. Marlis Merbach (17.5.1965 † 5.4.2026)

Marlis war Lehrerin an der Mathildenschule in Offenbach und ein engagiertes Mitglied der GEW-Kreisverbände Offenbach-Stadt und Land. Bis zuletzt brachte sie sich im Vorsitzendenteam des Kreisverbands aktiv, kompetent und verlässlich ein.

Von 2017 bis 2024 war Marlis im Gesamtpersonalrat Schule am Staatlichen Schulamt Offenbach tätig. Mit großem Engagement, Herzblut und Sachverstand setzte sie sich dort für die Belange der Lehrkräfte sowie sozialpädagogischen Mitarbeiter:innen ein. Als Mitglied des Vorsitzendenteams übernahm sie eine verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe.

Auch auf Landesebene der GEW war Marlis Teil des Leitungsteams im Referat Tarif, Besoldung und Beamtenrecht und gestaltete mehrere Tarifausschüsse mit. In Tarifverhandlungen, im Landesvorstand sowie im persönlichen Beratungsgespräch mit Kolleg:innen war sie eine

äußerst kompetente und geschätzte Ansprechpartnerin für alle Fragen im Angestelltenbereich.

Marlis war ein lebenswerter Mensch – stets freundlich, hilfsbereit und loyal.

Mit ihrer zugewandten Art und ihrer Verlässlichkeit hat sie unser Miteinander geprägt. Ihr völlig unerwarteter Tod trifft uns tief und hinterlässt eine große Lücke.

Wir werden Marlis ein ehrendes Andenken bewahren und ihr Wirken sowie ihre Menschlichkeit in dankbarer Erinnerung behalten. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt ihrer Familie und allen, die ihr nahestanden. In Gedanken sind wir bei ihnen und wünschen ihnen viel Kraft in dieser schweren Zeit.

Der Kreisverband Offenbach Land



Peter Brunner (70) war Verwaltungsleiter der Buchhändlerschule in Frankfurt, Geschäftsführer im Hessischen Verleger- und Buchhändlerverband und leitete eine kommunale Bücherei. Über die Sanierung der historischen Villa Büchners in Pfungstadt kam er in seinen heutigen Kosmos, die Welt Georg Büchners (1813-1837) und seiner Geschwister. Von 2017 bis 2025 leitete er das Museum Büchnerhaus in Riedstadt-Goddelau. Zusammen mit seiner Tochter Luise produziert er den Podcast „Büchners Welt“. Dass Luise gar nicht nach Büchners Schwester des gleichen Namens heißt, sondern der Vater erst später in den Bann der Büchners geriet, erfuhren Katja Pohl und Harald Freiling im Gespräch mit Peter Brunner in Darmstadt.

Peter, du möchtest sichtlich nicht nur „Büchnerianer“ erreichen. Wie kann das mit Geschichten, die 200 Jahre alt sind, gelingen?

Dass ich das persönlich so spannend finde, die Zusammenhänge erklären kann und heutige Anknüpfungspunkte finde, hat fast immer gut gewirkt. Dieses wahnsinnig schnelle, spannende, volle Leben von Georg Büchner kann junge Leute erreichen. Er findet Sätze, Beschreibungen, die Konflikte und Auseinandersetzungen so auf den Punkt bringen, wie es bis heute niemand besser kann.

Bei meinem Besuch mit einer Berufsschulklasse im Büchnerhaus hast du vor dem Rundgang durch die engen Räume einen einstündigen Vortrag angekündigt. Ich dachte zuerst, um Gottes willen! Aber deine Art, Jugendliche mit den vielen Geschichten rund um Georg Büchner, seine Geschwister und seine Zeit zu packen, hat perfekt funktioniert. Hast du ein „Lieblingszitat“, in dem sich die Schülerinnen und Schüler wiederfinden können?

Büchners Werk ist von so einer Kraft, dass sich fast jeder Satz eignet, aber doch ein Versuch: „Ich bin so jung und die Welt ist so alt“, sagt Prinz Leonce, der nach Italien floh, um den Plänen seines Vaters für seine Zukunft zu entkommen, in Büchners Lustspiel „Leonce

und Lena“. Das kann auch heute noch junge Menschen erreichen ...

Woher kommen deine Begeisterung und dein unendliches Wissen über Georg Büchner?

Bis heute bin ich gar nicht so sehr auf Georg Büchner fixiert, sondern für mich stehen seine oft vergessenen Geschwister im Mittelpunkt. Zuerst habe ich mich für die Rettung und Restaurierung des Hauses von Büchners Bruder Wilhelm, eines Industriellen, an meinem Wohnort Pfungstadt engagiert und dann Kontakt zu lebenden Nachfahren der Büchners aufgenommen. 2008 entstand daraus mit Heiner Boehncke und Hans Sarkowicz das wunderbare große Buch „Die Büchners oder der Wunsch, die Welt zu verändern“.

„Die Büchners wollten die Welt verändern.“

Du machst den Podcast bei Radio Darmstadt zusammen mit deiner Tochter Luise. Warum ist dir das wichtig?

Sie hat mich eigentlich erst auf die Idee gebracht, die Geschichten aus meinem Blog auch anders zu erzählen und zu verbreiten. Und da ist es wundervoll, sie dabei zu haben: Sie stellt schlaue Fragen und führt mich auf neue Wege. Sie hat einen modernen, einen wissenschaftlich qualifizierten und einen feministischen Blick auf die Welt. Das sind drei Aspekte, die mir altem Mann sehr zuträglich sind. Wir haben inzwischen 25 Folgen und noch ganz viele Ideen, wie es weitergeht.

Wenn man euren Podcast hört, hat man das Gefühl, dass du bei allem, was du über Büchner, seine Geschwister und ihre Welt weißt, dabei gewesen bist. Was wäre aus Georg geworden, wenn er nicht mit knapp 24 Jahren gestorben wäre? Naturwissenschaftler, Dichter, Revolutionär?

Was kann man werden, wenn man mit fast 24 in Zürich angehender Professor ist, immerhin ein prominentes Schauspiel geschrieben hat, mehrere andere



Peter Brunner

in der Schublade hat und darüber hinaus die revolutionäre Idee der Gleichheit noch nicht ganz aufgegeben hat? Seine Dissertation über das Nervensystem der Barbe war bahnbrechend, hochmodern und der Evolution auf der Spur. Sein Bruder Ludwig schreibt später, er wäre der deutsche Darwin geworden. Politisch wäre er natürlich 1848 in die Paulskirche gegangen. Oder hätte er seine Minna geheiratet, mit ihr fünf Kinder gehabt, die Füße im Zürichsee gebadet und sich's gut gehen lassen? Vieles in seinem kurzen Leben kann man in den Geschwistern verfolgen: Luise, die frühe Frauenrechtlerin, Ludwig, der Materialismuserklärer, der mit „Kraft und Stoff“ das prominenteste Sachbuch des 19. Jahrhunderts geschrieben hat, Alexander, der Sprachwissenschaftler, der das gute Leben schätzte, und Wilhelm, der Politiker, Apotheker und Fabrikant, dessen Namen heute eine Darmstädter Hochschule trägt.

Du gehst weiter gern in Schulen, arbeitest bei Projektwochen mit, organisierst Veranstaltungen, Lesungen und Konzerte. Dafür wünschen wir dir viel Erfolg und Freude. Wer mit dir Kontakt aufnehmen möchte, kann das über deine Homepage tun. Dort findet man auch den Link zu den Podcasts und deinem Blog.

Zum Weiterlesen, Weiterhören und zur Kontaktaufnahme

- Kontaktaufnahme und Links: www.entwicklungundkultur.de
- Peter Brunners Büchner-Blog und alle Podcasts: <https://geschwisterbuechner.de>

Foto: privat



SO ?

ODER SO?



ODER SO ?

Ob auf Papier, digital auf CD oder USB-Stick:
Das Standardwerk „Dienst- und Schulrecht für Hessen“ mit ca. 1.900 Seiten ist eine große Hilfe für Ihre Arbeit im Schulbereich!

Klassische Papierausgabe:

Umfangreiches Inhalts- und Stichwortverzeichnis, so leicht zu recherchieren.
Das komplette Grundwerk in 2 Ordnern
regulär 43,90 EUR
für GEW-Mitglieder nur 33,80 €

Digital auf USB oder CD

Unter Windows mit Adobe Reader komfortabel und einfach recherchieren.
Komplett auf CD oder auf USB-Stick
regulär 38,00 EUR
für GEW-Mitglieder nur 28,00 €

Auf Wunsch mit jährlich 1 bis 2 Aktualisierungen - so bleibt Ihr Dienst- und Schulrecht stets auf neuestem Stand

Mensch & Leben Verlagsges.mmbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg,
Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: mlverlag@wsth.de

www.dienstundschulrecht.de

IMPRESSUM

HLZ Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen

ISSN 0935-0489

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69-971 293-0
Fax: 0 69-971 293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Redaktion:

Katja Pohl (verantwortlich)
E-Mail: kpohl@gew-hessen.de
Dr. Roman George
Telefon: 0 69-971 293-20
E-Mail: rgeorge@gew-hessen.de

Gestaltung: Harald Knöfel

Titelthema: Roman George & Katja Pohl

Mitarbeit: Christoph Baumann (Bildung), Sascha Wellmann (Hochschule), Stefan Edelmann (Bildung), Harald Freiling (Service), Dr. Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Michael Köditz und Steve Kothe (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Dana Lüddemann (Gewerkschaftliche Bildung), Andreas Werther (Sozialpädagogik), Peter Zeichner (Mitbestimmung)

Illustrationen: Alle GEW Hessen, außer: vdää* (S. 7), Gesundheitsamt Region Kassel (S. 9), Miriam Prieß/pixabay (S. 13), Stifterverband (S. 29), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (S. 37)

Fotos: Alle GEW Hessen, außer: IMAGO / Westend61 (Titelbild), Studierendenwerk Darmstadt (S. 12), IMAGO/JOKER (S. 15), Marlis Tepe (S. 31), AdSD/FES (S. 32)

Verlag: Die HLZ erscheint im Eigenverlag der GEW Hessen.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt a. M.

Zuschriften: Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Autorinnen und Autoren stimmen einer Veröffentlichung ihrer Beiträge auf der Homepage der GEW Hessen zu.

Redaktionsschluss: 5. April, für die folgenden Ausgaben: 5. Mai für Juni, 5. Juni für Juli/August, 1. August für September/Oktober

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige analoge oder digitale Vervielfältigungen sowie Übersetzungen, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlags.

Druck:

Thiele & Schwarz GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7
34123 Kassel

MITMACHEN LOHNT SICH!



Bluetooth-Box von JBL



Akupressur-Set



Spiel des Jahres 2024:
Sky Team

Ein neues GEW-Mitglied
werben und
Deine tolle Prämie gleich
online anfordern:
www.gew.de/mitglied-werden



Spenden



Hautfarben-Stifte



Alkoholfrei-Set von Laori



GEW-Bento Box



LEGO-Box Classic



Fahrradtasche



Büchergutschein



Solar-Campinglicht
mit Lichterkette

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102